

Es sind immer die gleichen: die, die Arbeitsplätze vernichten und das Klima killen!

Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften (VKG), Aufruf von GewerkschafterInnen zur Unterstützung des globalen Klimastreiks am 29. November und der Aktionen von Ende Gelände!, Infomail 1078, 19. November 2019

Die

Klima-Protteste bringen das Land und die ganze Welt in Bewegung und ein Großteil unserer Gewerkschaften unterstützen sie. Das ist gut so!

Denn die

eigentlichen Verursacher der Klimakatastrophe, die großen Konzerne – seien es die Energie- oder die Automobilkonzerne – interessiert es nicht, ob sie die Umwelt zerstören und damit die ganze Menschheit in eine existentielle Krise stürzen. Für sie zählt nur der Profit.

Aber die

Realität ist auch, dass viele Betriebs- und Personalräte und große Teile der Belegschaften jede Umweltsünde mitmachen, wenn die Unternehmen mit Arbeitsplatzvernichtung drohen. Dann werden weiter Wälder für

Braunkohle

abgeholzt, Kernkraftwerke weiterbetrieben und dicke Verbrennermotoren in überdimensionierte SUVs gebaut.

Die Realität

ist, dass aus solchen Betrieben so gut wie keine Mobilisierung zum Klimastreik

am 20.9. stattgefunden hat und es gab schon früher die Bilder vom Hambacher

Forst, als ArbeiterInnen gegen die DemonstrantInnen standen. Beim „Kohlegipfel“

der Bundesregierung stimmten auch die VertreterInnen einem extrem späten

Ausstieg und Milliardensubventionen für die Konzerne zu.

So bleibt von

der Solidarität mit der globalen Umweltbewegung und den Aktionen von Friday for

Future nur ein Lippenbekenntnis mit schalem Beigeschmack.

Verantwortlich

dafür sind auch die Führungen der großen Gewerkschaften wie der IG Metall und

der IG BCE, die den notwendigen Kampf gegen die zunehmenden zerstörerischen

Auswirkungen der fossilen Energieerzeugung und der Autoindustrie (um nur die

Augenscheinlichsten anzuführen) gegen den Erhalt von Arbeitsplätzen stellen,

selbst wenn sie bei anderen Gelegenheiten von „ökologischer Erneuerung“ und

Maßnahmen gegen den Klimawandel sprechen. Und damit die Durchsetzung dieser

beiden Ziele in den Augen der meisten Beschäftigten als unüberwindbaren Widerspruch hinstellen. Das führt auch dazu, dass GewerkschafterInnen bei Auseinandersetzung auf unterschiedlichen Seiten stehen. Während die IG BCE zusammen mit RWE Pro-Kohleabbau-Demos organisierte, unterstützte ver.di (richtigerweise) die Gegendemo.

Diese Spaltung wollen und müssen wir aber überwinden. GewerkschafterInnen dürfen sich nicht länger vor den Karren „ihrer“ Unternehmen spannen lassen. Wenn jetzt die Unternehmen mit der Vernichtung von zehntausenden Stellen drohen, dann werden dieses Problem und der Druck noch größer. Alle Konzernzentralen begründen den Abbau mit der Konjunktur, aber alle, die das irgendwie können, schieben die Schuld auf die Klimabewegung und die „Politik“, die angeblich nicht im Interesse der Arbeitsplätze entscheide.

Das ist verlogen und dagegen wehren wir uns: alle Bundesregierungen haben immer Gesetze nach dem Wunsch der Unternehmen gemacht, besonders aber für die Autoindustrie und die Energie-Branche. Genau deshalb wurden die Klimaziele, die auf einem anderen Papier standen, nicht erreicht, während e.on, RWE, EnBW und Vattenfall der Ausstieg aus Atom und Braunkohle mit Milliardengeschenken

vergoldet wurden.

Diese Zugeständnisse an die Profitinteressen retten letztlich auch keine Arbeitsplätze, sondern verschärften nur die ökologische Krise und treiben außerdem einen Keil zwischen die Lohnabhängigen.

Wenn die IG

Metall als größte Industriegewerkschaft verlangt, dass „die Transformation ökologisch und sozial sein soll“, dann ist das Ziel richtig. Aber die Erfahrung hat gezeigt, dass die Unternehmen solange sie können die Umwelt schädigen, wenn es Profit bringt. Genauso wie sie alle anderen Kosten ihrer Entscheidungen auf die Gesellschaft abwälzen, von den krankmachenden Arbeitsbedingungen bis zur Arbeitslosigkeit, wenn das ihre Kassen klingeln lässt.

Die

SchülerInnen haben richtig erkannt, dass Demos, die niemand weh tun, die politisch Verantwortlichen nicht beeindrucken. Sie haben mit Schulstreiks begonnen. Am 20.9., dem internationalen Streiktag kam plötzlich die Frage auf, ob Gewerkschaften ebenfalls zum Streik aufrufen, ob das erlaubt sei. Am 29. November findet der nächst globale Aktionstag statt – und die Gewerkschaften sind gefordert, diesen nicht nur verbal, sondern durch betriebliche Aktionen und Arbeitsniederlegungen zu unterstützen.

Wir sagen, es ist nötig: Es ist nötig, weil die Unternehmen nicht einfach weiter Entscheidungen auf Kosten unserer Zukunft fällen dürfen! Es ist nötig, weil die Regierungen nicht weiter die Unternehmen finanziell entlasten dürfen! Es geht nicht nur um Demos während der Arbeitszeit, es geht um die Wahrnehmung des politischen Streiks, um den nötigen ökonomischen und politischen Druck ausüben zu können. Dazu braucht es eine Perspektive, die den Kampf gegen den Klimawandel als Teil des Kampfes für die Interessen der gesamten arbeitenden Bevölkerung begreift. Wir treten dafür ein:

- umweltschädliche Produktion zu stoppen, den schnellst möglichen Ausstieg aus dem Braunkohletagbau durchzusetzen und die Beschäftigten ohne Einkommensverlust umzuschulen.
- die Entscheidungen über Forschung und Entwicklung offenzulegen und betrieblich und gesellschaftlich durch die lohnabhängigen Beschäftigten und KonsumentInnen zu kontrollieren.
- Arbeitsplatzverlagerung zu blockieren und Betriebsschließungen zu verhindern
- eine kollektive Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden sofort bei vollem Lohn- und Personalausgleich durchzusetzen

- eine Konversion durchzusetzen, die nicht auf Kosten der Arbeitsplätze geht, sondern die Beschäftigten in diesen Prozess einbeziehen. Denn sie verfügen über das Know-how wie zukünftige umweltfreundliche Arbeitsplätze aussehen können.
- die Kapitalsteuern massiv zu erhöhen und die Vermögenssteuer wieder einzuführen.
- die großen Konzerne unter Kontrolle der Beschädigten zu enteignen, um einen demokratischen Plan zum ökologischen Umbau der Produktion und der Infrastruktur durchzusetzen!

Wir fordern die
DGB-Gewerkschaften auf, am 29.11. den globalen Klimastreik zu unterstützen und
sich mit den Aktionen von „Ende Gelände“ vom 29.11. zum 1.12.
zu
solidarisieren!

Vernetzung für
kämpferische Gewerkschaften (VKG), verabschiedet am 10.11.2019

Sozialismus oder Planet B!

Die Umweltbewegung antikapitalistisch machen!

Markus Lehner, Neue Internationale 242, November 2019

Wir befinden uns in einer globalen Notfallsituation – so verkündet es Greta Thunberg unermüdlich. Und sie hat Recht! Dabei hätte es nicht der unzähligen jungen Menschen bedurft, um dies zu erkennen. Seit Jahren verdichten sich die wissenschaftlichen Belege für die Anhäufung globaler ökologischer Probleme, von denen der menschenbewirkte Klimawandel nur das gravierendste ist. Es hätte gereicht, die ausführlichen Berichte des UN-Weltklimarates IPCC und seiner tausenden WissenschaftlerInnen zu lesen, um die Dramatik der Situation zu verstehen.

Inzwischen ist der Zusammenhang des Anstiegs menschenverursachter Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre (CO_2 , CH_4 , N_2O , ...) mit der kontinuierlichen Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur theoretisch verstanden, experimentell überprüft und durch langjährige Beobachtung bestätigt. Eine Leugnung dieses Zusammenhangs hat wissenschaftlich gesehen das Niveau der

Hohlwelttheorie oder ähnlicher Hirngespinnste. Damit gibt es auch sehr gut belegte Modelle über die langfristige Entwicklung der globalen Durchschnittstemperatur je nach weiterem Anstieg der Treibhausgasemissionen. Gegenüber dem Beginn der Industrialisierung hat sich diese mittlere Temperatur bereits um mehr als ein Grad erhöht, allerdings mit einer Tempozunahme in den letzten Jahrzehnten (jetzt bei 0,2 Grad pro Jahrzehnt).

Zunehmende Dramatik

Da der Abbau der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre nur sehr langsam vor sich geht, erfordert ein Gegensteuern gegen den Erwärmungstrend immer entschiedeneren Maßnahmen zur Einsparung von Nettoneuemissionen (ein Teil der Neuemissionen wird ja durch natürliche oder technische Systeme absorbiert). Wurden 2010 weltweit etwa 40 Gigatonnen CO₂ netto emittiert, so erfordert die Begrenzung der mittleren Temperaturerhöhung bis 2100 auf 1,5 Grad gegenüber vorindustrieller Zeit (das „Pariser Klimaziel“), dass dieser Nettobetrag bis 2030 auf unter 20 Gigatonnen und bis 2050 auf die Nettonull reduziert wird – dies allerdings immer noch mit dem

Risiko von 50 %, dass der Temperaturanstieg höher liegen kann, also immer noch z. B. die 2-Grad-Grenze übersteigt.

Diese

Temperaturdurchschnittswerte, ihre langfristigen Tendenzen und die so

definierten Grenzwertüberlegungen sind deswegen so wichtig, da sie unmittelbar

mit schwerwiegenden klimatischen Veränderungen zusammenhängen.

Aufgrund der

ungleichen Verteilung dieser Temperaturerhöhungen weltweit sind bestimmte

Regionen härter betroffen als andere. So ist insbesondere die Veränderung der

polaren Regionen dramatisch. Inzwischen schmilzt z. B. die Eisdecke im

Nordpolarmeer im Monat Februar jede Dekade um 2,7 % mit zunehmender

Tendenz, wobei die Durchschnittstemperatur am Nordpol mit doppelt so hoher Geschwindigkeit

wie global steigt. Die Auswirkungen auf Klima, Meeresströmungen und -spiegel

sind dramatisch. Die polare Erwärmung führt in subpolaren Gebieten zum Auftauen

des Permafrostbodens, wodurch große Massen an zusätzlichen Treibhausgasen (z. B. Methan)

freigesetzt werden. Gleichzeitig nehmen in (sub-)tropischen Regionen

Dürrephänomene zu. So bewirkt die Klimaveränderung inzwischen z. B. ein

periodisches Zusammenbrechen der Luftströmungen, die bisher die Dürreperioden

für tropische Regenwälder abgemildert haben. Dies führt z. B. im

Amazonasbecken zu einer extremen Zunahme von Waldbränden, die

noch durch Agro- und Bergbauindustrie verstärkt werden. Gerade die tropischen Regenwälder, bisher einer der wichtigsten globalen CO₂-Speicher, geraten immer näher an Kipppunkte, wo tendenziell große Teile davon zu versteppen drohen. Besonders was diese zentralen Ökosysteme (Polargebiete, tropische Regenwälder) anbetrifft, macht die Frage der 1,5-Grad-Grenze einen entscheidenden Unterschied aus. Bei 2 Grad wird das Risiko, die besagten Kipppunkte zu überschreiten, enorm groß.

Natürlich wird auch ein Planet mit höherem Meeresspiegel, ausgedehnten Wüsten in den tropischen Regionen, Zusammenbruch bisher für landwirtschaftliche Nutzung wichtiger Flächen usw. irgendwie weiter für Menschen bewohnbar sein. Er wird aber kaum mehr für die heutige Zahl an Menschen eine nachhaltige ökologische Basis für mehr als Subsistenz bieten. Die Klimafolgen werden Unbewohnbarkeit bestimmter Regionen, Zusammenbruch der Versorgungsbasis vieler Länder und damit Massenflucht und noch mehr „failed states“ bedeuten, samt Hungerkatastrophen und Verelendungsphänomenen. Mit anderen Worten: für einen großen Teil der Menschheit einen Rückfall in die Barbarei.

Die bis hier

dargelegte Analyse werden so oder ähnlich die meisten AkteurInnen der Klimakonferenzen, auch der diesjährigen COP25 in Santiago de Chile im November, teilen (natürlich mit wichtigen Ausnahmen wie der US-Regierung, im Unterschied zum Großteil der US-KlimaforscherInnen). Doch selbst wenn sie die Begründungen und Folgeschätzungen nachvollziehen, wie die Annahme der Klimaziele auf der COP21 in Paris zeigt, so heißt dies noch lange nicht, dass die Unterzeichnerstaaten auch danach handeln. Das globale 1,5-Grad-Ziel und die auf die verschiedenen Länder heruntergebrochenen Nettoemissionsziele (z. B. hätte Deutschland bis zur Nulllinie 2050 noch ein Budget von 6,6 Gigatonnen CO₂) müssten ja zu einem entsprechenden Plan für die schrittweise Reduktion je Jahrzehnt und Wirtschaftsbereich führen. Tatsächlich werden schon die Klimaziele für 2020 von fast allen Ländern krachend verfehlt und für die entscheidenden Jahre bis 2030 liegen Pläne vor, die ebensolche Lachnummern sind wie das „Klimapaket“ der deutschen Bundesregierung (bei den derzeitigen 0,8 GT jährlichen Netto-CO₂-Emissionen wird man mit einer fraglichen Verteuerung der Tonne CO₂-Verbrauch um 10 Euro kaum das 6,6 GT-Ziel erreichen).

Widerspruch zwischen Wissen und Inaktivität

Es fragt sich

also, warum trotz besserer Einsicht ein globales Handeln für den Erhalt eines lebensgerechten Planeten nicht möglich zu sein scheint. Dieser eklatante Widerspruch hat in den letzten Jahren immer wieder zu ökologischen Protestbewegungen geführt. Auch „Fridays for Future (FFF)“ oder „Extinction Rebellion (XR)“, die sich in eine lange Kette dieser Bewegungen einreihen, gehen davon aus, dass die „Einsicht“ noch nicht genug verbreitet sei und es nur am fehlenden politischen Willen der Regierungen liegen würde, dass nicht entsprechend gehandelt wird. Es wird davon ausgegangen, dass „die Bevölkerung“ noch zu wenig aufgeklärt sei und mehr Bewegung dazu führe, dass der politische Druck auch zu entsprechenden Maßnahmen der Regierenden führen werde. Dazu kommt, dass die verbreitete grüne Ideologie (insbesondere im globalen Norden) davon ausgeht, dass die Lösungsmöglichkeiten für die ökologischen Probleme schon „technisch“ vorliegen würden und durch entsprechende „Marktanreize“ eine Verschiebung zu einem „grünen Kapitalismus“ möglich sei. Voraussetzung wäre dann nur ein globaler Konsens, eine Einsicht der wirtschaftlich Mächtigen, dass ein ökologischer Umbau der Ökonomie doch auch im Interesse ihrer langfristigen Profite liegen würde, es also so wie den „Sozialstaat“ auch einen „Green New Deal“ geben könnte.

Alle diese Ansätze verkennen, dass es nicht um eine Frage der „Einsicht“ oder des politischen Willens geht, sondern um grundlegende Zwangsgesetze des globalen Kapitalismus. Dieses System ist weder einfach „Marktwirtschaft“, noch basiert es auf „demokratischem Interessenausgleich“ oder den Entscheidungen einzelner „freier“ Individuen – und seien sie selbst mächtige KonzernführerInnen. Kapitalismus basiert auf der Aneignung fremder Arbeit in Wertform und damit darauf, dass die Verwertung von Kapital in Form der stets wachsenden Kapitalakkumulation sich als abstraktes und alles bestimmendes Gesetz der Gesellschaft aufzwingt (was immer die AkteurInnen des Kapitals als „Einzelne“ sich dabei wünschen oder denken). Die Umwelt kommt für das Kapital hierbei als externe (durch Arbeit auszubeutende) Rohstofflieferantin und als ebenfalls externe Senke für die Abfallprodukte des Verwertungsprozesses ins Spiel.

Das Verhältnis des Kapitals zur Umwelt ist daher externalisierend. Wie auch bei der privaten Hausarbeit werden die Kosten für die Beanspruchung auf die Gesamtgesellschaft (bzw. den Planeten) abgeschoben. Auf die natürlichen Regenerationsprozesse, die zwischen Rohstoffnutzung, Verbrauchsergebnissen und der Wiederherstellung der Ausgangsstoffe liegen, kann das Tempo der Kapitalakkumulation nicht Rücksicht nehmen. Statt zu nachhaltiger Rohstoffnutzung tendiert das Kapital bei Verknappung von Rohstoffen oder eskalierenden Entsorgungsproblemen daher zu technischen Lösungen, die das Problem aber nur auf eine höhere Ebene heben. So in der kapitalistischen Landwirtschaft, die auf die Auslaugung der Böden durch extensive Nutzung mit dem Einsatz mineralischer Dünger vor allem aus Phosphaten und Stickstoff reagierte. Diese Intensivierung war zwar ein riesiger Fortschritt für die Ernährungssicherheit einer wachsenden Bevölkerung, andererseits aber mit bekannten ökologischen Folgen. Letztlich sind Stickstoffdünger (neben der Viehzucht)

durch die resultierende Freisetzung von N_2O einer der großen VerursacherInnen des Anstiegs von Treibhausgasen in der Atmosphäre.

Unmöglichkeit des „grünen“ Kapitalismus

Die Möglichkeit eines „grünen Kapitalismus“ ist daher angesichts des extraktivistischen Wesens der Kapitalakkumulation eine vollständige Irreführung. Im besten Fall sind die „Erfolge“ grüner Politik hierzulande das Resultat des Drucks von Massenbewegungen und der Verlagerung der Umweltprobleme in den globalen Süden. Die massive Verschiebung industrieller Prozesse aus den vormaligen „Industrielländern“ an billigere Standorte (mit weniger sozialen Rechten und ökologischen Auflagen) hat natürlich zu einer scheinbaren Abnahme von Umweltbelastungen im globalen Norden geführt – aber zur enormen Verschärfung von Vermüllung und Naturzerstörung in der halb-kolonialen Welt. Dazu kommt die Zunahme von Umweltbelastungen durch das enorm gestiegene Transportvolumen im „globalisierten“ Kapitalismus.

Daher ist es durchaus richtig, dass die Frage von Individualverkehr hierzulande ein verschwindender Beitrag zur Klimaveränderung ist gegenüber dem „ökologischen Fußabdruck“, den die Metropolen des Nordens insgesamt (vor allem durch die von ihnen beherrschten Konzerne) hinterlassen. Angesichts der Tatsache, dass heute in wesentlichen Bereichen wie Agro-Industrie, Rohstoffgewinnung, Chemie- und Pharmaindustrie, Stahl, Baustoffen etc. der globale Markt unter jeweils 4–5 Großkonzernen aufgeteilt ist, wundert es nicht, dass laut einer Studie des Journals „Climate Change“ (<https://link.springer.com/article/10.1007/s10584-013-0986-y>)

nur 90 Konzerne für zwei Drittel der Treibhausemissionen weltweit verantwortlich sind.

„Climate Justice“-Bewegung

Diese systemkritischen Analysen wurden von einem anderen, schon länger bestehenden Teil der internationalen Umweltbewegung, der sich unter dem Motto „Climate Justice“ (CJ = Klimagerechtigkeit) zusammenfindet, sehr im Gegensatz zu FFF oder XR zentral thematisiert. Gegründet im Zusammenhang mit den Protesten rund um die Klimagipfel zu Beginn dieses Jahrtausends und im Zusammenwirken mit den globalen Sozialforen nahm dieses Netzwerk die Verantwortung der Konzerne und die auch ökologisch ungerechte Weltwirtschaftsordnung zentral ins Visier seiner Proteste. Insbesondere rund um die COP15 in Kopenhagen 2009 gründete sich das CJ-Netzwerk, das zu radikalen Aktionsformen gegenüber Konzernen und den Alibiverhandlungen der Regierungen in der Klimapolitik aufrief. In Deutschland sind letztlich „Ende Gelände (EG)“ bzw. die Netzwerke um die „Klimacamps“ das Resultat dieser Strömung des Klimaprotests.

Sicher ist EG mit dem Hauptslogan „System Change not Climate Change“ auf einer sehr viel richtigeren

politischen Spur als FFF und XR zusammen. Auch wenn international bei CJ nicht selbstverständlich, ist die deutsche Strömung deutlich im Lager des „Antikapitalismus“ verankert. Anders als FFF und XR gibt es bei EG einen konkreten Angriffspunkt: die Energiewirtschaft und die von ihr forcierte Braunkohleverstromung als eine Hauptverursacherin von Treibhausgasemissionen hierzulande. Im Gegensatz zu XR gibt es bei EG keine Illusionen in den bürgerlichen Staat und seine Sicherheitsorgane, die im Wesentlichen Konzerninteressen schützen. Die scheinbare Radikalität von XR-Aktionen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihre Aktionen „zivilen Ungehorsams“ vor allem PR-Aktionen sind („Gewinnung der Öffentlichkeit“) unter Gefährdung der eigenen AktivistInnen („Aufopferung“) und bei gleichzeitiger Zusammenarbeit mit dem Staat („PolizistInnen sind auch vom Klimawandel betroffen“, „keine die Öffentlichkeit verstörende Gewaltbilder“). Dagegen setzt EG deutlich die Tradition der notwendigen Konfrontation mit den Systemkräften und der aktiven Mobilisierung zum Widerstand fort, wie ihn die Sozialforenbewegung zu Beginn des Jahrtausends begann (so erinnern die Aktionsformen deutlich an die „Tutti Bianchi“, die Demonstrierenden in weißen Overalls, von Genua und Co.). Während sich FFF und XR vor allem in Mittelstandsmilieus des globalen Nordens „international“

organisieren, ist CJ auch im globalen Süden oder in Osteuropa in aktivistischen Milieus vernetzt. So gibt es auch von EG eine wichtige Verbindung zu den Protesten in den für den europäischen Energiesektor so wesentlichen polnischen Kohlerevieren.

Beschränkungen

So sehr EG daher gegenüber XR und FFF politisch weiter links steht, so sind auch dessen Beschränkungen zu sehen. Einerseits ist EG noch sehr viel stärker auf studentisches und linkes Milieu konzentriert und findet nur über die Vernetzung mit einigen lokalen BürgerInneninitiativen eine beschränkte Verankerung darüber hinaus. Bei FFF gibt es durch das SchülerInnenmilieu wohl die größte gesellschaftliche Breite. Außerdem haben sie eine wesentliche und für den Kapitalismus die wohl gefährlichste Kampfform „entdeckt“: den Streik. Auch wenn dies „nur“ die sehr indirekte Form des „Schulstreiks“ betrifft, so wirkt die Idee offensichtlich ansteckend. Der Vorstoß, die „globalen Klimastreiks“ (der nächste Ende November zum COP25) zu einem (wenn auch nur symbolischen) Generalstreik auch in Produktionsbereichen zu machen, geht in eine richtige Richtung. Der Druck ist offenbar groß genug, dass sich

Gewerkschaftsverbände

„formal“ dem Aufruf anschließen. Wie bekannt, passiert aber in Deutschland

wenig, wenn nicht wirklich in den Betrieben dafür mobilisiert wird. Wie nicht verwunderlich,

wird in Wirklichkeit trotz formeller Bekenntnisse („Beteiligung ja, aber nur wenn Zeitausgleich möglich“) von den Betriebsräten in den zentralen Industrien

massiv gegen jeden wirklichen Streik gearbeitet. Gerade diese Auseinandersetzung in den Betrieben um die Frage des Klimastreiks und der damit

verbundenen der klimaneutralen Transformation der eigenen Industrie ist aber in

Wirklichkeit eine entscheidende für eine wirkliche massenhaft erzwingbare

Änderung der Klimapolitik.

Anders als viele Teile der Umweltbewegung verbreiten, sind die Konzepte für eine ökologische Alternative zum gegenwärtigen extraktivistischen Kapitalismus nicht „schon alle da“ und „brauchen nur umgesetzt zu werden“. So überschlagen sich manche Umweltseminare in Schwärmereien von „konkrete Alternativen entwickeln“ jenseits jeglicher Produktionsprozesse und realer Machtverhältnisse. Tatsächlich müssen diese Alternativen in der Energiewirtschaft (z. B. Speichertechnologien), der Bauwirtschaft (z. B. klimaneutrale Baustoffe), Stahlindustrie, Landwirtschaft, Mobilitätsindustrien etc. erst im technischen Detail und der produktionsmäßigen Umsetzung mit viel Arbeitszeit und Kosten ausgearbeitet und umgesetzt werden.

Gesellschaftliche Frage

Der ökologische Umbau ist lange nicht nur eine Frage von „Entscheidungen“, sondern vor allem ein arbeitsaufwändiger Transformationsprozess, der nur gegen den schärfsten Widerstand von Kapitalinteressen und auch nur international durchgesetzt werden kann. Zu glauben, dieser könne durch „Marktanreize“ (siehe die Farce des Zertifikatehandels) oder politische Verhandlungen (siehe „Kohlekompromiss“) erzielt werden, verkennt die Dimension und die Dringlichkeit einer raschen Einleitung dieses Prozesses.

Radikaler als alle Grün-Parteien und viele Teile der Umweltbewegung zusammen hat die britische Labour Party auf ihrem letzten Parteikongress ein Programm für die Klimawende gemäß dem 1,5-Grad-Ziel beschlossen: Kernelement ist dabei, dass der darin enthaltene Transformationsplan wesentlich die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien beinhaltet, besonders des Energiesektors. Die Frage der Entwicklung von Alternativplänen zum ökologischen Umbau muss natürlich die Eigentumsfrage stellen. Wie für eine reformistische Partei wie Corbyns Labour nicht anders zu erwarten, scheitert auch dieser Ansatz an seiner nationalen Beschränktheit und der Frage des gesamtwirtschaftlichen Zusammenhangs. Dabei ist die Vergesellschaftung als internationale Aufgabe heute nicht mehr so abstrakt, wie es früher einmal schien: Wenn es nur 90 Konzerne

sind, die einen Großteil des Problems international darstellen, dann ist dies, wie auch die Entwicklung eines internationalen Transformationsplans keine Utopie mehr. Zentral ist aber natürlich, dass auch verstaatlichte Großkonzerne weiterhin den Zwängen des globalen Kapitalverwertungsprozesses unterworfen sind und schnell selbst wieder gemäß der Kapitallogik funktionieren (so ist ja auch Vattenfall im Besitz des schwedischen Staates, agiert aber weltweit wie jeder andere Konzern).

Strategische Alternative

Es ist daher zentral, dass die soziale Kraft, die der Logik des Kapitals eine tatsächliche gesellschaftliche Alternative entgegenstellen kann, auch zur zentralen Akteurin in diesem ökologischen Transformationsprozess wird: die internationale ArbeiterInnenklasse. So zersplittert, politisch fragmentiert und sozial differenziert sie auch heute sein mag, so ist sie als Trägerin des gesellschaftlichen Produktionsprozesses doch die einzige soziale Kraft, die eine Umwälzung der Ökonomie weg von der Logik der Kapitalverwertung auch real vollziehen kann. Durch Produktionskontrolle und

gesellschaftliche Planung kann ein Gesamtkonzept des sozialen und ökologischen Umbaus erarbeitet werden, das auch tatsächlich die ökologischen und ökonomischen Kreisläufe in Einklang bringt, bei globalem und sozialem Ausgleich der Lasten des Umbaus. Die ArbeiterInnenklasse war auch diejenige Kraft, die bisher als einzige eine schlagkräftige internationale politische Organisation gegen die globale Macht des Kapitals hervorgebracht hat. Deswegen braucht es auch in der ökologischen Frage ein Wiederentstehen einer revolutionären Internationale.

Angesichts der tatsächlichen Situation der weltweiten ArbeiterInnenbewegung, die weit davon entfernt ist, heute für eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus revolutionär zu kämpfen (was auch angesichts der ökologischen Krise notwendig wäre), müssen wir heute versuchen, die bestehenden Kämpfe der Umweltbewegung und die aufkeimenden Proteste der ArbeiterInnenbewegung rund um den anstehenden Transformationsprozess mit der weitergehenden sozialistischen Perspektive zu verbinden. Wie wenig das der Umweltbewegung rund um den Kohleausstieg gelingt, zeigt die Hilflosigkeit von EG gegenüber der politischen und ökonomischen Entwicklung in der Lausitz deutlich (siehe dazu den Artikel in dieser Ausgabe).

Es muss klar sein, dass weder das Kapital noch seine Regierung für die vom Kohleausstieg betroffenen ArbeiterInnen irgendeine Glaubwürdigkeit in Bezug auf ihre Zukunftsperspektiven haben – ganz so wie in allen anderen betroffenen Branchen (z. B. Automobilindustrie). Notwendig ist daher ein Programm der ArbeiterInnenkontrolle über den Umbauprozess der Industrie, das die Entwicklung von Alternativen und ökologisch sinnvollen Technologien in den Betrieben im Verbund mit der sozialen Absicherung der Beschäftigten vorantreibt. Was wir brauchen, sind keine „BürgerInnenversammlungen“, die ausgelost werden und ohne Macht über den Produktionsprozess sind (wie XR es vorhat), sondern Kontrollausschüsse und sich in der Auseinandersetzung entwickelnde ArbeiterInnenräte, die den Umbauprozess konkret durch ihre Verankerung im eigentlichen Produktionsprozess auch umsetzen können. Gerade auf Grundlage dieser Produktionskontrolle durch die Beschäftigten kann auch die Struktur in den Konzernen geschaffen werden, die eine internationale Vergesellschaftung der HauptverursacherInnen der Treibhausgasemissionen realisiert.

Eigentumsfrage

Es ist klar, dass diese Machtfrage in den Konzernen nicht ohne schweren politischen Kampf vor sich gehen kann – schon das dagegen geringe Problem der Teilnahme am globalen Klimastreik stellt ja in Deutschland die berühmte Frage des „politischen Streiks“ auf die Tagesordnung. Nur die Vorstellung davon stürzt schon sämtliche Gewerkschaftsführungen hierzulande in kollektives Entsetzen. Dieser Kampf kann nur im Kampf um eine neue Führung der

ArbeiterInnenbewegung gewonnen werden wie auch in der Durchsetzung entschlossener Kampfformen gegen das Kapital. Dies wird unweigerlich auch den Kampf um die politische Macht beinhalten. Speziell auch deswegen, da eine wirkliche Klimawende auch einen demokratischen Gesamtplan des Umbaus benötigt. Es wird immer klarer, dass die Alternative entweder die Durchsetzung einer wirklich sozialistischen und ökologischen Planwirtschaft ist – oder wir müssen langsam nach einem Planet B suchen!

Berliner Mietendeckel: Mietenbremse oder Trostpflaster?

Lucien Jaros, Neue Internationale 141, Oktober 2019

Egal

ob Mietpreisbremse, Milieuschutz, Wohnraumversorgungsgesetz: Die Mieten in der Hauptstadt sind in den letzten Jahren explodiert. Dass die Idee eines Mietendeckels konkrete Formen annimmt, ist ohne Zweifel erstmal ein Erfolg. Es ist nicht Ausdruck einer sozialen Politik der

Regierungsparteien (SPD, Linke, Grüne), sondern des Druckes der MieterInnenbewegung und Projekte wie des Volksbegehrens zur Vergesellschaftung der größten Wohnkonzerne in Berlin (Deutsche Wohnen & Co. Enteignen) auf diese Parteien.

Immobilienwirtschaft, Grüne und SPD

Während die Wohnkonzerne jeden Deckel ablehnen, sieht die Politik der Grünen zum Mietendeckel folgendermaßen aus: Innerhalb der Partei und der Regierungskoalition wird gegen einen richtigen Mietendeckel gearbeitet und werden wichtige Elemente systematisch demontiert. Nach außen wird die Idee verteidigt, um sich selbst einen sozialen Anstrich zu geben. Die Wunschvorstellung von Katrin Schmidberger (Grüne) ist ein „atmender Deckel von unten“. Das heißt, dass günstige Mieten auf Obergrenzen erhöht, aber teure nicht auf diese gesenkt werden können. Einem Mietenstopp wird eine Absage erteilt, mit dem Argument der Ausgewogenheit zwischen Interessen der Allgemeinheit und der Masse der Mieterinnen auf der einen und dem Eingriff ins Eigentumsrecht auf der anderen Seite.

Das

Rechtsgutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Abgeordnetenhauses wie das von Joachim Wieland sehen für den Gesetzgeber in Berlin einen weitgehenden Gestaltungsrahmen in Mietsachen vor (Art. 28 der Verfassung). Die Versorgung der Berliner Bevölkerung mit günstigem Wohnraum ist demnach notwendig. Ein Schutz der Rendite ist nirgendwo festgeschrieben. Eine Ausgewogenheit ist daher nicht zwingend. Das Argument ist daher selbst nach bürgerlichem Recht nicht haltbar.

Der rechte Flügel der Berliner SPD. ist nicht nur politisch bestens mit der Immobilienlobby vernetzt (Kreisel-, Garski-, Antes-Affäre), sondern es existieren auch personelle Überschneidungen.

„Schon vor Beschluss des Eckpunkteapiers zum Mietendeckel im Senat im Juni übte sich die Senatskanzlei unter deren Chef Christian Gaebler (SPD) in Störmanövern. Und inzwischen scheint das Vorhaben in der Öffentlichkeit ein Projekt von Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (LINKE) zu sein. Obwohl sie anfangs deutliche Skepsis zeigte.“ (NEUES DEUTSCHLAND [ND], 31.8./1.9.2019)

Dabei kam der Vorschlag für einen landesweiten Mietendeckel ursprünglich aus der SPD wohl auch, um der Volksentscheidsinitiative „Deutsche Wohnen & Co.

enteignen“ (DWE) den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Der ursprüngliche Entwurf

Der ursprüngliche Entwurf Lompschers sah in der Tat einen richtigen Mietendeckel vor, wie einst mit der SPD unter dem Namen „Mietenstopp“ vereinbart (Eckpunkte für ein Berliner Mietengesetz, 18. Juni 2019). Er wurde in einem internen Papier der Stadtentwicklungsverwaltung konkretisiert.

Im Entwurf von Lompscher waren Obergrenzen zwischen 6,03 Euro/m² (Altbau) und 7,97 Euro/m² (Baujahr 1991–2013) festgelegt. Die Preise beziehen sich auf die Nettokaltmieten. Für Modernisierungen, die in den letzten 8 Jahren vor Inkrafttreten des Mietendeckels (18.6.2019) erfolgten, sollen definierte Zuschläge pro m² ohne Genehmigungsverfahren verlangt werden dürfen, wenn die Mietoberwerte um nicht mehr als 20 % überschritten werden. Kündigungen wegen Eigenbedarfs müssen durch die Bezirksämter genehmigt werden. Ferner sollen die Mieten für 5 Jahre eingefroren werden (Mietenstopp), und bei Wiedervermietung darf die Miete nicht steigen. Außerdem können MieterInnen die Absenkung einer überhöhten Miete beantragen. Wie der

Mieterverein nahm die Stadtentwicklungsverwaltung den Berliner Mietspiegel von 2011 als Grundlage. Die etwas höheren Mietobergrenzen des Mietervereins errechnen sich durch die allgemeine Teuerung, während die Verwaltung sich an der geringer ausgefallenen Einkommensentwicklung orientierte. Der Mieterverein konzidiert zusätzlich während der 5 Jahre eine Mieterhöhungsmöglichkeit von 1,5 % jährlich. Zweifel werden in der Koalition an der Absenkung aller Bestandsmieten geäußert. (ND, 26.8.2019)

Von einer drastischen Reform konnte aber auch im Entwurf vom 18. Juni keine Rede sein. Kalkulatorisch beträgt die kostendeckende Miete, also die Kosten für Betriebskosten (inkl Grundsteuer), Instandhaltung, Verwaltung, Zinsen für Kapitaldarlehen usw. für abgeschriebene Altbauwohnungen in München im Jahr 2018 3,52 Euro/m² (Andrej Holm, Claus Schreer: Mietpreis-Explosion und Wohnungsnotstand – Ursachen und Alternativen, isw-Report Nr 116/117, Mai 2018, S. 16). Dieser Betrag ist in Berlin wahrscheinlich niedriger. Das heißt, dass die Wohnkonzerne mehr als das Doppelte einnehmen, was benötigt wird, um die Bausubstanz zu bewahren und zu verwalten. Gewinne, Renditeauschüttungen gäbe es immer noch. Die wären einfach nur etwas reduziert. Und das ist auch gut so: Denn diese Gelder

werden normalerweise verwendet, um neue Gebäude zu bauen in hochpreisigen Segmenten oder Eigentumswohnungen, die sich die Masse der Menschen nicht leisten kann, jedoch sich in steigenden Vergleichsmieten und Mieterhöhungen bemerkbar machen. Das Kapital wird auch investiert, um durch energetische Sanierungen und anteilige Umlage der Investitionskosten Mieterhöhungen voranzutreiben. Auch wenn es absolut notwendig ist, die Miete auf eine kostendeckende zu begrenzen und den gesamten Neubau öffentlich und sozialgebunden zu gestalten, beschränkt der ursprüngliche Entwurf die Mietpreisspirale zumindest. Darum muss die MieterInnenbewegung ihn auch als Teilreform unterstützen.

Leider

muss man hinzufügen, dass die Wohnungsgenossenschaften, ursprünglich z. T. Organisationen von ArbeiterInnen, sich so weitgehend von ihren Wurzeln entfernt haben, dass einige von ihnen hier dieselbe Position einnehmen wie bösennotierte und internationale Wohnkonzerne inkl. Argumenten und Ausgaben für eine Anti-Mietendeckel-Kampagne auf Kosten der Genossenschaftsmitglieder. Das zeigt nebenbei zusätzlich, dass, auch wenn soziale und genossenschaftliche Betriebe im Kapitalismus gegen profitorientierte verteidigt werden müssen, diese sich dem marktwirtschaftlichen Umfeld allmählig anpassen und wie

„normale“

profitorientierte agieren, wenn sie nicht in eine sozialistische Planwirtschaft

integriert werden. Also anstatt den Kapitalismus langfristig „Stück für Stück“

von innen für die ArbeiterInnenklasse abzuschaffen oder zu reformieren, werden

diese absorbiert und stinknormale Geschäfte wie andere auch, Teil der

Marktwirtschaft.

Aktueller Stand des Gesetzentwurfs

Auf

Druck der Koalitionspartnerinnen wurde der ursprüngliche Entwurf weitgehend

verändert. Kern des aktuellen Entwurfs zum Berliner MietenWoG ist eine Tabelle

mit Obergrenzen, die sich von Baujahr und Ausstattungsmerkmalen ableiten und

zwischen 5,95 und 9,80 Euro/m² für vor 2014 bezugsfertige Häuser liegen (3,92

Euro/m² für vor 1918 gebaute Wohnungen).

Eine

jährliche Steigerung von 1,3 %

ist vorgesehen sowie eine anhand von Preis-Lohnentwicklung, ferner ein

Aufschlag von 1 bzw 1,4 Euro/m² bei notwendiger energetischer

Sanierung in den vergangenen 15 Jahren. Bis 1 Euro/m² sind nicht

genehmigungspflichtig. Über die Notwendigkeit entscheiden Bezirksämter oder die Investitionsbank. Mieten dürfen über die Obergrenzen hinaus erhöht werden, wenn die wirtschaftliche Lage der/s VermieterIn eine unbillige Härte verursacht. Was das ist, entscheidet das Bezirksamt oder die Investitionsbank. Mieten dürfen nur herabgesetzt werden, wenn die Mietbelastung 30 % des Haushaltsnettoeinkommens übersteigt (Grundlage ist der maximal pro Person nach Sozialgesetzbuch zustehende Raum, für größere Wohnungen gilt das also nicht in Gänze! Für 2 Personen sind z. B. nicht mehr als 65 m² vorgesehen; ND 24.9.2019). Mieten oberhalb der Obergrenzen können in bezuschusst werden (Wohngeld). Ursprünglich sollten sämtliche Mieten über der Obergrenze auf Antrag abgesenkt werden können. Das gilt jetzt nur für Wiedervermietung und o. a. Fälle.

Die Obergrenzen umfassen zudem nur Neuvermietungen in vor 2014 bezugsfertigen Häusern. Der Neubau ist ebenso ausgenommen wie der soziale Wohnungsbau. Für Häuser mit maximal 2 Wohnungen sind 10 % Zuschlag gestattet. Basis der Tabellen ist jetzt der Mietspiegel von 2013, als die Mieten schon deutlich anzogen. Für die nächsten 5 Jahre eingefroren werden nur die Mieten, die über den Obergrenzen liegen. Ein genereller Mietstopp ist also passé. Wie die Grünen

spricht jetzt auch Lompscher von einem „atmenden“ Deckel: Einerseits wird die Mietentabelle jährlich entsprechend o. a. Index angepasst, andererseits dürfen Mieten bis zur Obergrenze erhöht werden. (ND, 31.8./1.9.2019, 4.9.2019)



Energetische Sanierung

Erstens übersteigt die Mietobergrenze inklusive des Aufschlags für Sanierungen in manchen Sektoren die aktuelle Miete. Zweitens wird die Praxis fortgesetzt, durch Sanierungen Mieten zu erhöhen und Erhöhungen auch nach der Amortisierung aufrechtzuerhalten. Drittens sind die Bezirksämter personell nicht dafür ausgestattet, solche Aufgaben wahrzunehmen. Viertens ist es politisch fragwürdig, die Entscheidung an Gremien zu delegieren, die nicht direkt durch die MieterInnen kontrolliert werden und nicht in ihrem Interesse handeln – gerade in Zeiten von Filz zwischen UnternehmerInnen, bürgerlichen PolitikerInnen und Staatsbürokratie. Man darf auch kein Vertrauen in Banken haben, da sie von Mietpreissteigerungen in Folge energetischer Sanierungen profitieren. Daher muss diese Regelung gestrichen bzw. durch eine ersetzt werden, wo der Aufschlag nach Ablauf der Amortisierung wegfällt. Zudem müssen der Sanierung

gewählte Komitees

der MieterInnen zustimmen. Die Geschäftsbücher müssen offengelegt und durch sie kontrolliert werden können.



Obergrenzen (die keine sind) und Mietzuschuss

Die

Obergrenzen reichen völlig, aus Kosten des Vermieters zu decken. Wohnungen, die älter als 50 Jahre sind bzw. bereits vor diesem Alter degressiv abgeschrieben

sind, dürfen max. 3,50 Euro/m² nettokalt kosten. Die Möglichkeit,

Mieten über die Obergrenze hinaus zu erhöhen, stellt eine weitere zentrale

Schwachstelle des gesamten Entwurfs dar. Jede Wirtschaftsfachkraft kann die

Bilanzen einer Firma so kalkulieren, dass eine unbillige Härte entsteht. Es

würde ausreichen, wenn Häuser gekauft werden, um diese zu erzeugen. Dieser

Mechanismus bevorteilt gerade größere Konzerne, die in diesen Dingen sehr geübt

sind. Auch die Zuständigkeit von

Bezirksamt und Investitionsbank ist kritisch. Eine Obergrenze ohne Ausnahmen

ist notwendig. Dann fällt die Notwendigkeit der staatlichen Bezuschussung für

private Konzerne (Wohngeld) zu einem Gutteil weg.



Bedüftigkeit, Herabsetzung der Mieten

Im

ursprünglichen Entwurf waren alle Personen berechtigt, die Mieten oberhalb der

Obergrenzen zu senken. Das wären schätzungsweise 80 % der Berliner

MieterInnen. Nach dem aktuellen Entwurf sinkt der Personenkreis auf 20 %.

Die Nettokaltmietschwelle von 30% des Haushaltseinkommens entspricht der

„Selbstverpflichtung“ des Immobilienkonzerns Deutsche Wohnen (DW) sowie der

seit 2016 gültigen Praxis in den landeseigenen Wohnungsgesellschaften und ist

kein Fortschritt, da die Nettokaltmieten in den letzten Jahren langsamer

anstiegen und einen immer geringeren Anteil an den Gesamtkosten ausmachen. Die

höher werdenden Kosten sind die Betriebskosten und Modernisierungen. Große

Konzerne verdienen Extramillionen durch Insourcing, also das Ausstellen

überhöhter Rechnungen an eigene Firmen und die Umlage dieser Kosten auf die

MieterInnen. Des Weiteren ist es ein erheblicher bürokratischer Aufwand, die

Einkommensverhältnisse von Millionen von Menschen zu prüfen. Durch diese

Regelung wird die aktuelle Mietpraxis, also Vermietung an die Person mit dem höchsten

Einkommen und Verdrängung einkommenschwacher Personen, verstärkt. Ein

Herabsetzung der Miete ohne Ausnahme ist notwendig. Nur eine Einschränkung auf

den weit größeren Personenkreis mit Wohnberechtigungsschein

oder die Orientierung an den Warmkosten wären eine gangbare Option.

● besonderer Schutz für schutzbedürftige Personen

Im aktuellen Entwurf fehlt eine Klausel, dass Obdachlosigkeit durch Verlust des Wohnraums in Folge von Mietpreissteigerung ausgeschlossen wird. Eine Pflicht, einen Teil der Wohnungen für besondere Schutzgruppen (Obdachlose, Geflüchtete, sexuell Unterdrückte und Jugendliche) bereitzustellen und leicht zugänglich zu machen, fehlt ebenso, ist aber dringend notwendig.

Fazit

Der ursprüngliche Entwurf ist besser geeignet, die Interessen der Millionen MieterInnen zu vertreten. Erstens weil die ausnahmsfreie Begrenzung bzw. Senkung der Mieten eine Entlastung für Millionen MieterInnen und das Land Berlin bedeuten. Mit den Kosten für Unterkunft und Heizung (gemäß ALG II) und Wohngeld wird durch Steuergelder, also Abgaben der Lohnabhängigen, der private Wohnungsmarkt subventioniert. Eine niedrige Miete entlastet den Berliner

Haushalt und macht Kapital frei für einen öffentlichen und sozial-gebundenen
Neubau und für die Kosten einer Vergesellschaftung. Zweitens ist die
nachhaltigere Vergesellschaftung ein mittelfristiges Projekt und in einer
Situation, wo viele BerlinerInnen zwischen 40 und 55 % ihres Einkommens
für die Miete ausgeben, ist ein echter Mietendeckel eine korrekte Sofortmaßnahme
und neben der Vergesellschaftung und öffentlichem sozialem Wohnungsbau eine der
notwendigen Grundmaßnahmen im Mietwesen. Drittens schafft die Vergesellschaftung
der größten Wohnmultis günstigen Wohnraum für ca. 300.000 Menschen, aber nicht
für alle, die ihn brauchen. Für alle anderen muss auch ein finanzierbarer
Wohnraum geschaffen werden – ohne Ausnahmen und Einschränkungen. Viertens senkt
der ursprüngliche Mietendeckel vorab die Rendite der Wohnkonzerne, was sich im
Falle der Vergesellschaftung nach Art. §15 GG Satz 1 in sinkenden Aktienkursen
und einer niedrigeren Entschädigungshöhe nach Satz 2 bzw. Art. §14 Abs. 3 &
4 GG bemerkbar machen kann.

Daher
muss für die Verteidigung des ursprünglichen Entwurfs Stellung bezogen werden
und die Linkspartei gegenüber ihren Koalitionspartnerinnen, der Opposition, den
Immobilienkonzernen und Medien hier verteidigt werden. Gleichzeitig muss man
sie dafür kritisieren, dass sie bei der ersten Verhandlung

(30.8.2019) im

Koalitionsausschuss dem Druck nachgegeben hat. Bei Bekanntgabe des

überarbeiteten Entwurfs stiegen die Aktionskurse der Wohnkonzerne.

Ein

erster Schritt wäre die Mobilisierung zur Mietendemo „Richtig deckeln, dann

enteignen – Rote Karte für SpekulantInnen“ und die Unterstützung des DWE-Blocks

am 3.10., um an diesem historischen Tag der nationalen Frage die Eigentumsfrage

entgegenzustellen und auch darüberhinaus sich für Vergellschaftung,

Gemeineigentum und Kontrolle durch MieterInnen einzusetzen.

Die

MieterInnenbewegung, darunter das DWE-Bündnis, ist gut beraten, sich nicht auf

Grundgesetz, Volksentscheid, Senat, Parlament und Parteien einschließlich DIE

LINKE zu verlassen. Dies betrifft sowohl die Frage der entschädigungslosen

Enteignung der großen Wohnkonzerne wie auch die der Kontrolle über einen

wirksamen Mietendeckel. Die MieterInnenbewegung muss sich in eine Bewegung für

ArbeiterInnenkontrolle über das gesamte Wohnungswesen transformieren und diese

mittels politischen Streiks durchzusetzen helfen.

Deutsche Wohnen und Co. enteignen! Entschädigungslos!

Aufruf der Gruppe ArbeiterInnenmacht zur Berliner Demonstration „Richtig deckeln, dann enteignen“ am 3. Oktober, Infomail 1069, 26. September 2019

77.000 Unterschriften sprechen eine deutliche Sprache. Die BerlinerInnen wollen wirksame Maßnahmen gegen wuchernde Mietpreise, Wohnungsspekulation, Verdrängung, Räumungen.

Immobilienlobby und Wohnungsbaukonzerne wie Deutsche Wohnen oder Vonovia laufen Sturm. Die bürgerlichen und rechten Oppositionsparteien im Berliner Abgeordnetenhaus – CDU, FDP und AfD – springen ihnen beherzt bei.

Schließlich stehen sie für Neoliberalismus, Abzocke und die Interessen von

Reichen und Kapital stramm. Wenn nur von Mietpreisbremse gesprochen wird,

wittern sie schon Sozialismus. Steht die Enteignung milliardenschwerer

Immobilienkonzerne im Raum, droht anscheinend der Untergang des Abendlandes.

Die „Freiheit“ sei in Gefahr, so das gemeinsame Gezeter – und sie offenbaren

damit nur, dass für sie die eigentliche Freiheit nicht mehr ist als die des

Privateigentums, der Bereicherung.

Wohnungsnot und Klassenfrage

In einem haben sie dabei Recht. Eine an den Bedürfnissen und Interessen der großen Masse der MieterInnen, also der Lohnabhängigen – ob alt, ob jung, ob tariflich oder prekär beschäftigt, ob Mann oder Frau, deutsche/r StaatsbürgerIn oder nicht – orientierte Mietenpolitik ist mit den Interessen der Immobilienwirtschaft und besonders der großen Wohnungskonzerne unvereinbar. Ihr Geschäftsmodell basiert geradezu auf ständig steigenden Gewinnerwartungen – also höheren Mieten und schlechterem Service für die MieterInnen.

Der öffentliche Erfolg des Volksbegehrens besteht gerade darin, dass es eine Forderung populär gemacht hat, die noch vor wenigen Jahren allen bürgerlichen PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und Medien als politisches No-Go, als Spinnerei alt-kommunistischer Kader oder euphorischer Jugendlicher erschien.

Der Wind hat sich offenkundig gedreht – nicht, weil die Forderung plötzlich so peppig „vermarktet“ oder besser „vermittelt“ wurde. Vielmehr hat das Kapital selbst dafür gesorgt, dass immer mehr Menschen die Enteignung als realistisches, vielleicht sogar als einziges realistisches Mittel erscheint, der Profitmacherei ein Ende zu setzen.

Und der Senat?

Der „linke“ Senat spielt in dieser Situation vor allem auf Zeit. Anders als die Wohnungslobby und die bürgerliche Opposition geben sich die Senatsparteien als „Verbündete“ oder zumindest „gesprächsbereit“.

SPD und Linkspartei tun so, als hätte es unter dem früheren rot-roten Senat keine Massenprivatisierungen gegeben, oder umschiffen das Thema zumindest. In der SPD gebärden sich die Jusos links, während Innensenator Geisel vom rechten SPD-Flügel die „Prüfung“ der Unterschriften und der „Rechtmäßigkeit“ des Volksbegehrens seit Wochen, ja Monaten verschleppt. Die SPD hatte, nachdem sich die sog. „Mietpreisbremse“ als unwirksam erwies, den „Mietpreisdeckel“ ins Spiel gebracht – sicher auch als Beruhigungspille und Alternative zur Enteignungsforderung.

Dabei ist klar, dass ein Deckel das Problem allenfalls nur lindern kann – jetzt gehen ihr selbst die Vorschläge der Linkspartei unter Wohnungssenatorin Lomscher zu weit.

Die Grünen – ansonsten gern „voran“ – mogeln sich seit Monaten auch um eine klare Position herum.

Klar an der Haltung der drei Senatsparteien ist nur soviel:
Die gemeinsame Regierung wollen sie fortsetzen. Die
Unterstützung der Bewegung
und deren „offenes Ohr“ hätten sie gern, mit der
Immobilienwirtschaft und, ganz
allgemein, den InvestorInnen wollen sie aber auch keine allzu
harte
Konfrontation.

Dass das Kapital mit dieser Politik auch nicht zufrieden
ist, dass ihm schon die kleinsten „Reformvorhaben“ schnell zu
weit gehen, ist
nur zu verständlich. Schließlich könnte das Mut zu mehr machen
– in Berlin und
in der gesamten Bundesrepublik.

Uns hilft die kompromisslerische Politik des Senats, die
sich mit dem Wohnungskapital nicht anlegen will, jedoch auch
nicht weiter. Wir
brauchen keine weiteren Beruhigungspillen oder halbherzige
Reformversprechen.
Wir brauchen wirksame Maßnahmen gegen Mietpreissteigerungen,
Wohnungsnot,
Verdrängung.

Enteignung ja, Entschädigung nein!

Wir unterstützen die Forderung nach einem wirksamen
Mietpreisdeckel. Schon jetzt wird er durchlöchert, der Senat
weicht zurück,
statt gegen die Immobilienlobby vorzugehen. Damit er überhaupt
dauerhaft von

Nutzen sein kann, kommt es nicht nur auf seine Höhe an – es geht auch darum, wer ihn kontrolliert. Die Senatsverwaltung oder MieterInnenkomitees und Gewerkschaften der in Wohnungsbau, Instandhaltung und Verwaltung Tätigen?

Außerdem erfordert Kontrolle auch die Offenlegung aller Geschäftsbücher, Bilanzen, Konten, Transaktionen, Verträge oder Planungsvorhaben der Immobilienkonzerne. Deren „Geschäftsgeheimnis“ erweist sich in der Praxis als Geheimniskrämerei gegenüber den MieterInnen und der Öffentlichkeit.

Diese Maßnahmen würden zugleich die Frage zuspitzen, wer eigentlich über den Wohnungsbau, Mietpreise, Bauvorhaben, Planung, ... entscheidet – die EigentümerInnen und der Staat (die Stadt Berlin) oder die MieterInnen und VertreterInnen der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften?

Damit jene, die in den Wohnungen wohnen, solche Entscheidungen treffen können, muss die Immobilienwirtschaft wie der gesamte Wohnungsbausektor enteignet werden – und zwar entschädigungslos. Die Forderung nach Entschädigung – ob nun „rechtskonform“ oder nicht – erschwert letztlich diesen Kampf. Warum sollen schließlich milliardenschwere Konzerne auch noch dafür entschädigt werden, dass sie sich auf unsere Kosten bereichert haben?

Sollen die SteuerzahlerInnen dafür aufkommen, dass sie in einer anderen Stadt oder einer anderen Branche munter weitermachen?

Ob eine entschädigungslose Enteignung durchgesetzt werden kann, ist wie jede grundlegende Maßnahme gegen Mietenwucher und Wohnungsnot letztlich eine Machtfrage. Sie genügt sich auch nicht selbst, sondern muss verbunden werden mit einem Wohnungsbauprogramm unter Kontrolle der MieterInnen und Gewerkschaften – finanziert aus den Vermögen der Immobilienbranche und durch Besteuerung des Kapitals. Als Sofortmaßnahme sollte auch leerstehender Wohnraum der Reichen beschlagnahmt und Menschen mit geringen Einkommen oder Flüchtlingen zur Verfügung gestellt werden.

Eine solche, grundlegend andere Wohnungspolitik könnte auch sicherstellen, dass MigrantInnen und Geflüchtete, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderung, prekär Beschäftigte, Erwerbslose und generell Menschen mit geringen Einkommen nicht weiter offen oder verdeckt diskriminiert und ausgegrenzt werden.

Somit muss Wohnungspolitik zu einer Klassenpolitik werden, die „Wohnungsfrage“ im Interesse aller Lohnabhängigen, aller ausgebeuteten und unterdrückten Schichten der Bevölkerung gelöst werden. So kann nicht nur

verhindert werden, dass sie zur weiteren Verdrängung führt, sondern auch die rassistische Spaltung der Gesellschaft, die am Wohnungsmarkt ständig reproduziert wird, bekämpft werden.

Wie weiter mit dem Volksbegehren?

Die aktuelle Hinhaltepolitik beim Mietendeckel, das Verzögern des Volksentscheides durch den Innensenator verdeutlichen auch, dass sich das Volksbegehren darauf einstellen muss, dass es in den nächsten Monaten auf vielfältige rechtliche und andere Hürden treffen wird. Selbst im Falle eines klaren Mehrheitsentscheids der Bevölkerung wäre es noch nicht rechtsverbindlich.

Es braucht daher eine Strategie der Mobilisierung, die den Kampf um die Enteignung in die Wohnviertel trägt, in die Gewerkschaften und Betriebe, um MieterInnenkomitees zu gründen, die auch andere Kampfmittel und Taktiken verfolgen können – so z. B. massenhaften und organisierten Mietboykott, politische Streiks, um Druck für Enteignung (oder auch einen wirksamen Mietdeckel) zu machen. Und es bedarf auch der bundesweiten Vernetzung und Koordinierung mit anderen MieterInneninitiativen und -verbänden.

Richtig deckeln, dann enteignen.

Demonstration des Bündnisses gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn/[Deutsche Wohnen & Co enteignen](#)

Berlin, 3. Oktober, 13.00, Berliner Congress Center (gegenüber von Alexa)

Brasilien: Tage des Feuers

Markus Lehner, Neue Internationale 240, September 2019

Seit Beginn der Trockenzeit in der Amazonasregion ist dieses Jahr dort ein wahres Inferno an Waldbränden ausgebrochen. Allein im August handelt es sich jede Woche um Tausende. Diese sind zwar sehr unterschiedlich in der Größe, summieren sich aber zu einem Katastrophenzustand, von dem inzwischen die vier brasilianischen Bundesstaaten Rondônia, Pará, Mato Grosso und Amazonas betroffen sind. Aufnahmen von Satelliten zeigen, dass pro Minute Regenwald in der Größe von etwa 1,5 Fußballfeldern abbrennt.

Verbrecherische Politik

Die Mitschuld der verbrecherischen Bolsonaro-Regierung an diesem ökologischen Desaster mit globalen Auswirkungen ist unbestreitbar.

Agro-Business und extraktive Industrien (wie der Bergbaukonzern Vale) haben für ihre globalen Geschäfte ein starkes Interesse an der rücksichtslosen Ausbeutung

der Amazonasregion. Durch die Vorgängerregierungen und internationalen Druck

war das enorme Entwaldungstempo seit 2004 von jährlich über 20.000

Quadratkilometer auf unter 10.000 zurückgegangen.

Offensichtlich ist es die

„Entwicklungsstrategie“ der Bolsonaro-Regierung, im Interesse ihrer

wesentlichsten GeldgeberInnen diese „Zurückhaltung“ wieder vollständig

aufzugeben. Die „Umweltbedenken“ wurden als Behinderung der wirtschaftlichen

Interessen Brasiliens verunglimpft, internationale Kritik als

„Neokolonialismus“ abgetan und jede nur erdenkliche Hetze gegen

UmweltaktivistInnen, Landlosenbewegung und indigene AmazonasbewohnerInnen vom

Zaun gebrochen.

Gleich zu Beginn der Präsidentschaft von Bolsonaro wurden

IBAMA (Brasilianisches Institut für Umwelt und erneuerbare natürliche

Ressourcen; Umweltbundesamt Brasiliens) „gesäubert“, 21 der 27

Regionaldirektoren abgesetzt und ihre Mittel drastisch gekürzt. Mit Tereza

Cristina, der Landwirtschaftsministerin, bekam eine direkte Lobbyistin des Agrobusiness die Verantwortung für die Amazonasregion übertragen. Der „Umweltminister“ Ricardo Salles erklärte, dass es die oberste Pflicht seines Ministeriums ist, die „Rechte der LandbesitzerInnen zu schützen“. Daher werden nicht nur die Aktionen gegen illegale Landbesetzungen jetzt rechtzeitig angekündigt, es gibt auch die niedrigsten Strafen für illegale Brandrodungen seit Jahrzehnten. Die 980 Millionen Dollar, die die EU für die Wiederaufforstung im Amazonas zur Verfügung gestellt hat, werden von Salles zur „Entschädigung“ von Agrounternehmen verwendet (die die jetzt freigegebenen Gebiete sich zumeist illegal angeeignet hatten). Schließlich brachte Flávio Bolsonaro, der Sohn des Präsidenten, der selbst Senator ist, ein Gesetz ein, das die Verpflichtung zum Schutz bestimmter Pflanzenarten, die LandbesitzerInnen bisher einhalten mussten, lockert.

Was auch immer die Regierung bisher an Maßnahmen gesetzt hat: klar ist, dass sich LandbesitzerInnen, Konzerne und ihr gesellschaftliches Umfeld in der Amazonasregion durch Bolsonaro ermutigt fühlten, alle Schranken fallen zu lassen. Seit dem Amtsantritt von Bolsonaro im Januar wurden bis Juni 79.000 neue Brände gezählt, ein Anstieg um 82 % gegenüber dem Vorjahr. Die kriminelle Energie der LandeigentümerInnen wird am Beispiel des Überfalls auf das indigene Volk der Wajapi im Bundesstaat Amapá deutlich: Am

24. Juni drangen

Bewaffnete eines Bergbaukonzerns für Rodungsarbeiten in das als „geschützt“

ausgezeichnete Gebiet ein, vertrieben die EinwohnerInnen und töteten dabei

mehrere Menschen, darunter deren Sprecher Emyra: ein Mord, der unter den

Indigenen-AktivistInnen großes Entsetzen verbreitete. Dies ist Ausdruck des

Charakters der Bolsonaro-Bewegung: von GroßgrundbesitzerInnen unterstützt, gibt

es in den ländlichen Regionen Mittelschichten und HandlangerInnen, die sich

rassistisch aufgeladen mit mörderischer Energie auf die Hindernisse für das

„echte Brasilianertum“ stürzen: Indigene, landlose LandarbeiterInnen und

KleinbäuerInnen (meist durch die MST vertreten), UmweltaktivistInnen und Linke:

eine mit Bolsonaro verbundene Bewegung, die durchaus Ähnlichkeiten mit den

italienischen FaschistInnen der 1920er Jahre im Klassenkampf um die Latifundien

der Po-Ebene hat. Daher sind die Waldbrände nicht nur ein ökologisches

Desaster, sie sind auch Teil einer gewalttätigen Bewegung gegen alle, die

Interesse an einem nachhaltigen Umgang mit dem Regenwald haben. So stellt es

auch die Erklärung der MST (die von Bolsonaro als „Terrororganisation“ bezeichnet

wird) zu den jüngsten Bränden fest: Die Abschaffung der bisherigen (schwachen)

Schutzbestimmungen im Amazonasgebiet ist das eine, aber „zur selben Zeit wächst

die Verfolgung und Kriminalisierung der Teile der Bevölkerung, die

traditionellerweise die Biome Brasiliens erhalten: die einfache Landbevölkerung und die Indigenen“ (Queimar a Amazonia e crime contra humanidade, MST, 23.8.).

[Biom: Großlebensraum der Erde; Makro-Ökosystem]

So ist es auch kein Wunder, dass kürzlich bekannt wurde, dass über einen Whatsapp-Verteiler der bolsonaristischen LandeigentümerInnen für den 10. August zu einem „Tag des Feuers“ aufgerufen wurde entlang der Bundesstraße 163, die die jetzt besonders betroffenen Regionen Mato Grosso und Pará (beim Rio Tapajós) verbindet. Nachdem diese Whatsappgruppe von 70 LandeignerInnen durch die Zeitschrift Globorural geleakt worden war, konnte das lächerliche Ablenkungsmanöver von Bolsonaro, dem zufolge die Umweltorganisationen die Brände selber legen würden, um ihm zu schaden, nicht mehr aufrechterhalten werden. Inzwischen muss selbst der Bolsonaro zutiefst ergebene Justizminister Moro gegen die tatsächlichen BrandstifterInnen ermitteln lassen (Globorural, Grupo usou whatsapp para convocar „dia do fogo“ no Para; 25.8.).

Entwicklung der letzten Jahre

Natürlich sind Waldbrände am Rand des Amazonasgebiets und in der angrenzenden Savannenlandschaft (Cerrado) speziell in der Trockenzeit

nichts Ungewöhnliches, haben sich jedoch durch bestimmte Umstände in den letzten Jahren periodisch verstärkt. Zu beachten ist, dass normalerweise selbst in der „Trockenzeit“ im Amazonasgebiet durchschnittlich mehr Regen fällt als in unseren Breiten in den regenreichsten Monaten. Das Gebiet lebt einerseits vom Abregnen der feuchten Luftmassen der äquatorialen Nord-/Südostpassatwinde, die sich in der zweiten Jahreshälfte entsprechend abschwächen. Andererseits erzeugt der Regenwald selbst ein Mikroklima, das auch in der Trockenzeit noch für ausreichend Regen sorgt. In den Millionen-Jahren, in denen sich der Regenwald gebildet hat, haben speziell die Regenwaldbäume aufgrund der nährstoffarmen Böden die Fähigkeit zu enormem Wasserumsatz entwickelt. Zur Aufnahme von Kohlendioxid und Abgabe von Wärme über Wasserdampf haben sie ein Kreislauf-, Wurzel- und Porensystem entwickelt, das sie pro Tag 1000 Liter aus Bodenwasser umsetzen und in die Atmosphäre abgeben lässt (die Bäume unserer Breitengrade schaffen durchschnittlich um die 400 Liter). Dies senkt die Temperatur im Waldgebiet (durch die über das Wasser dem Boden entnommene Wärmeenergie), bewässert große Gebiete und sorgt durch die Sonnenabstrahlung der großen Wolkenbänke (Albedo-Effekt) für einen zusätzlichen Klimaschutz.

Die schon bisher betriebene Abholzung hat messbare

langfristige Auswirkungen auf das regionale und globale Klima. Seit 1970 wurden 800.000 Quadratkilometer (von ursprünglich 4 Millionen) abgeholzt, mit einem gemessenen Effekt von 0,6 Grad Erwärmung im Amazonasbecken. Die abgeholzten Gebiete sind noch mal im Durchschnitt um 4,3 Grad wärmer, was bei landwirtschaftlicher Nutzung wiederum gesteigert wird (ohne die Wirkungsweise der Waldflora kann nur ein Bruchteil des Regenwassers im Boden gehalten werden, der Großteil fließt ab). Die nährstoffarmen so gewonnenen Böden sind nach 4–5 Jahren zumeist unbrauchbar. Viele werden aufgegeben und versteppen (was den Hunger nach immer neuen Abholzungen erklärt). Diese immer größeren Schneisen des Cerrado in den Regenwald untergraben das Mikroklima in immer mehr Bereichen des Waldes – und ab einer bestimmten Gesamttemperatur (beim heutigen Tempo wird die Erwärmung bis 2050 seit 1970 um 1,5 Grad gestiegen sein) funktioniert die „Wasserpumpe“ Baum in diesen Bereichen nicht mehr. Dann werden selbst Regenwaldbäume zu leichter Beute von Funkenflügen und Wind. Nach unterschiedlichen Modellen wird daher inzwischen von bestimmten „Kipppunkten“ des Waldsterbens im Amazonasbecken gesprochen. Seit langem wird davon gesprochen, dass mit 40 % Verlust (relativ zur Größe 1970) ein Punkt erreicht wäre, wo die Selbstregeneration und der Mikroklimaschutz zusammenbrechen und der Wald als Ganzes bedroht ist (also der

Region die
Versteppung drohen könnte). Inzwischen werden Modelle mit
20–25 %
diskutiert, die schon nahe an den heute erreichten 17 %
Waldvernichtung
sind (<https://advances.sciencemag.org/content/4/2/eaat2340>).

Die Auswirkungen der Erreichung dieses Kipppunktes wären
nicht nur für das regionale Klima, und damit für die
natürlichen Grundlagen der
Landwirtschaft in Südamerika, verheerend. Das Amazonasbecken
enthält 40 %
des Weltbestandes an Regenwäldern und 10–15 % der globalen
Biodiversität.

Vor allem aber ist der Regenwald auch eine riesige
Kohlenstoffsенке: In der
Biomasse der Regenwälder steckt so viel Kohlenstoff, wie die
Menschheit derzeit

in 10 Jahren verbrennt. In „normalen“ Jahren (ohne extreme
Dürreereignisse) nimmt
der Amazonasregenwald etwa 1,5 Milliarden Tonnen Kohlendioxid
aus der
Atmosphäre auf und wirkt damit der Erderwärmung durch
Treibhausgase entgegen.

In den letzten Dürre Jahren mit großen Brandereignissen, die
seit den
2000er-Jahren im 5-Jahresrhythmus stattfanden (das letzte war
2015), kehrte

sich dies um. Dann bewirkt die Verbrennung der
Kohlenstoffreservoirs des
Waldes, dass in so einem Jahr mehr Treibhausgase entstehen,
als zur selben Zeit

von China und den USA zusammen hervorgebracht werden. Dabei
sind diese
Dürreereignisse selbst ein Produkt des Klimawandels. Es lässt
sich ein

Zusammenhang mit den El-Ninjo-Phänomenen nachweisen (die Erwärmung im Ostpazifik führt zu einer Umkehr der Konvektionsströme über Südamerika, was zu einer Abschwächung der für den Regenwald lebenswichtigen Passatwinde führt). Entscheidend ist derzeit aber, dass in diesem Jahr dieses Wetterphänomen noch nicht sein Maximum erreicht hat – dieses ist erst im nächsten Jahr wahrscheinlich (die Auswirkungen können wir uns heute noch gar nicht vorstellen!). Gerade dies zeigt deutlich, wie sehr menschengemacht das derzeitige Ausmaß der Brandkatastrophe ist. Sollten die Vorhersagen für die nächsten beiden Jahre stimmen und die brasilianische Politik sich nicht grundlegend ändern, so wären die Auswirkungen auf den Regenwald und das Weltklima beängstigend!

Reaktionen

Sehr zum Unmut von Bolsonaro ließ sich die Katastrophe in Amazonien vor der Weltpresse und globalen Umweltverbänden nicht verbergen – auch die Entlassung des Direktors der Satellitenüberwachung half nichts mehr, nachdem die NASA diesem „Nestbeschmutzer“ auch noch in allen Punkten recht gegeben hatte. Bolsonaros Politik steht jetzt weltweit am Pranger – und dies ist angesichts der großen Exportpläne speziell des

Agrobusiness keine gute Publicity.
Hatte man sich doch gerade durch das Mercosur/EU-Abkommen riesige Geschäfte mit Fleisch und Tierfutter nach den zu erwartenden Zollsenkungen versprochen.
Sicherlich hat besonders der französische Präsident sein Herz für den Amazonas speziell auch aufgrund der Bedenken seiner heimischen Agrarlobby entdeckt. Klar ist jedoch, dass jetzt auch die brasilianische Agroindustrie „Maßnahmen“ fordert und erkennt, dass Bolsonaro ihrem Geschäft gerade schadet. In vielen Punkten muss jetzt zurückgerudert werden. Der Einsatz der brasilianischen Armee zur Brandbekämpfung muss jedoch auch als Element des inneren Klassenkampfes verstanden werden.

Die Armee wirkt dort nicht nur als erweiterte Feuerwehr, sondern als Unterstützung im Kampf gegen die dortigen „TerroristInnen“ (UmweltschützerInnen, Indigene, Landlose,...). Ebenso werden die „Hilfsaktionen“ aus Europa und den USA, besonders die zur „Wiederaufforstung“, sicher wieder als „Entschädigung“ zum Verzicht auf weitere Brandrodungen eingesetzt werden.
Aus Deutschland und Co. sind diese PR-Aktionen vor allem als Instrumente zu verstehen, das Mercosur-Abkommen in jedem Fall zu retten.

Trotz der großen Bekenntnisse zum Klimaschutz und der Ermahnungen an den „bösen“ Bolsonaro wollen deutsche Industrie und Politik ihr

großes Brasiliengeschäft („ein unheimlich interessanter Zukunftsmarkt“ nach einem Anlagefondsmanager, der der deutschen Bank nahesteht) nicht durch „so etwas Nebensächliches“ in Frage stellen lassen. Hatten doch wichtige VertreterInnen der deutschen Konzerne (von Daimler, VW, Bayer bis zur Deutschen Bank) ihre unverhohlene Unterstützung für Bolsonaro schon vor dessen Wahl zum Ausdruck gebracht. Auch gegenseitige Besuche von WirtschaftsvertreterInnen nach der Wahl zeigen deutlich, dass man gegenseitig große Geschäfte und Investitionen erwartet. Dazu passt dann auch, dass der SPD-Außenminister bei seinem Besuch in Brasilien vor allem von Bolsonaros Bereitschaft zur Zusammenarbeit gegenüber Venezuela sprach – aber kaum die semi-faschistische Politik dieses Gangsters noch die sich abzeichnende Amazonas-Katastrophe erwähnte. Da wurde selbst der CSU-Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Müller deutlicher, als er den ökologisch bedenklichen Anstieg von billigem Soja-Futtermehl aus den Amazonas-Brandregionen anprangerte.

Ablenkungsmanöver

Natürlich werden jetzt wieder vor allem „die VerbraucherInnen“ in die Verantwortung genommen, die durch ihren Fleischkonsum

und Kauf billiger Agrarimporte die VerursacherInnen des Ganzen seien. Abgesehen wird davon, dass die Preise auf den internationalen Agrarmärkten nur zum Teil von den ErzeugerInnen bestimmt werden, sondern durch eine Kette von MitprofiteurInnen von Lebensmittelkonzernen, Handelsketten bis zu Warenterminbörsen. Verkannt wird auch die globale Dimension der beteiligten Märkte: der Handelskrieg zwischen den USA und China führt gerade jetzt zu einem enormen Anstieg der Nachfrage nach Soja und Fleisch aus Brasilien für China. „Verhaltensänderungen“ einiger tausend MarktteilnehmerInnen aus europäischen Mittelklassefamilien werden angesichts dieser Struktur der globalen Agrar- und Rohstoffmärkte nichts bewirken – schon gar nicht angesichts der Schnelligkeit, mit der auf die dramatische Situation des Regenwaldes reagiert werden muss. Es ist eine billige Masche der eigentlichen VerursacherInnen, die Verantwortung auf „die VerbraucherInnen“ abzuschieben, die dann auch noch durch das Green-Washing von Produkten mittels fragwürdiger Ökolabels zur Kasse gebeten werden.

Tatsächlich ist die Klimakatastrophe wie auch die Gefährdung grundlegender Biotope ein klarer Fall von Marktversagen, von der Unmöglichkeit in diesem System, solche Probleme über „den Markt“ (etwa durch Zertifikatehandel, indirekte Steuern oder Produktbewertungen) zu lösen. Denn

der Markt ist nur die Vermittlung der eigentlich problematischen Kapitalverwertungsinteressen, die – wie auch das brasilianische Beispiel zeigt – die drohende ökologische Katastrophe wesentlich mit hervorbringen. Daher kann dieser Katastrophe nur entgegengewirkt werden, wenn man radikal die Eigentumsfrage stellt. Die genannten Probleme erfordern einen globalen Plan von Wiederaufforstung bis zur systematischen Umstellung auf klimaneutrale Produktion auch im Agrarsektor.

Perspektive

Natürlich ist auch die Durchsetzung eines solchen globalen Planes angesichts des Zeithorizonts der Probleme und der erwiesenen Langsamkeit globaler Klimapolitik keine Soforthilfe. Daher müssen heute die weltweiten Umweltbewegungen im Zusammenkämpfen mit den sozialen Bewegungen vor Ort die jeweiligen Staaten zu radikalen Maßnahmen zwingen. Im Fall von Brasilien heißt dies: Enteignung der Agro- und Bergbaukonzerne, Agrarreform zur Umverteilung des Großgrundbesitzes an die Bevölkerung auf dem Land und Entwicklung eines Planes zur Wiederaufforstung des Regenwaldes sowie zu seiner ökologischen Bewirtschaftung – alles unter Kontrolle der sozialen und ökologischen Bewegungen, vor allem der LandarbeiterInnen und

KleinbäuerInnen. Nein zu den
aus Massensteuern finanzierten „Geldfonds“ von G7, EU & Co.,
die nur wieder
in die Kassen der GroßgrundbesitzerInnen fließen werden.
Stattdessen sollen die
imperialistischen Konzerne Steuern aus ihren Gewinnen für die
Regenwaldprojekte
unter Kontrolle der armen Landbevölkerung zahlen! Nein zu
jeder Unterstützung
von Bundesregierung und deutschen Konzernen für das Bolsonaro-
Regime – es wird
keine Rettung des Regenwaldes ohne den Sturz dieses rechts und
marktliberalen
Regimes geben! Daher: vor allem Unterstützung für die Bewegung
zum Sturz von
Bolsonaro, die im Kampf gegen dessen sozialen und
gesellschaftlichen Amoklauf
schon mehrere Generalstreiks durchgeführt hat! Sofortiger
Abbruch der
Ratifizierung des Mercosur/EU-Abkommens, das den Interessen
der deutschen
Konzerne in Brasilien wie auch dem der brasilianischen
Agrarkonzerne in die
Hände spielt – und nie ein Mittel zur Bewahrung des
Amazonasgebietes sein kann (wie
uns das die Bundesregierung verkaufen will)!

Alle diese Forderungen müssen von einer ernsthaften Bewegung
gegen den Klimawandel, wie es FFF beansprucht zu sein,
aufgegriffen werden und
anstelle der verfehlten Strategie von Verbraucher-Kritik
gestellt werden!

Machen wir Amazonastag am 5. September und Klimastreik am 20.
September zum Beginn einer globalen Bewegung zur Enteignung
des Kapitals, das
als Ganzes diesen Planeten zerstört!

Capitalism kills

Imperialismus, Kapitalismus und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen

Redemanuskript Gruppe ArbeiterInnenmacht, Infomail 1064, 11. August 2019

Im Folgenden veröffentlichen wir das Redemanuskript für den Workshop „Capitalism Kills“, der beim Klimacamp in Leipzig von den OrganisatorInnen verboten wurde. Zu den Hintergründen siehe: [Klimacamp Leipzig – Antiimperialismus unerwünscht](#)

Einleitung

Nachhaltigkeit, Umweltverträglichkeit, Klimarettung – allgemein anerkannte Ziele/Fragen – damit z. T. so allgemein, dass sie kaum noch etwas auszusagen scheinen. Für „rasches Handeln“ ist (fast) jede/r, Nachhaltigkeit ist in aller Munde.

Problem sind klar: a) Übernutzung von Ressourcen (z. B. Überfischung, Raubbau an Boden...) und b) Überlastung von Senken (Verschmutzung, Müll, CO₂ = Atmosphäre als Senke).

So tagte das sog. Klimakabinett über über zwei „Modelle“ zur Rettung der Umwelt: CO₂-Steuer und Zertifikathandel

Außerdem soll der „ökologische Umbau“ der Gesellschaft vorangebracht werden.

Bemerkenswert ist: einerseits scheinbare Geschäftigkeit der Regierungen – bei manchen einfach auch nur Scheintätigkeit zur „Rettung der Umwelt“ – zugleich realer Rückschritt.

Im Folgenden wollen wir uns damit beschäftigen, woran das eigentlich liegt.

Als Hintergrund wollen wir dabei auf die von unserer Gruppe – Gruppe ArbeiterInnenmacht – erstellte Broschüre „Capitalism kills.

Imperialismus, Kapitalismus und die Zerstörung von Mensch und Natur“

(<http://arbeiterinnenmacht.de/broschueren/capitalism-kills>) verweisen, auf die sich die folgende Einleitung stützt.

Dabei werde ich auf folgende Punkte eingehen:

- Green Economy und die Probleme der bürgerlichen Umweltstrategie
- Kapitalismus und Umwelt
- Umweltparadoxon
- System des Umweltimperialismus
- Umwelt, Kapitalismus und die zentrale Bedeutung der

Green Economy

Hierzu auch eine Reihe mehr oder weniger nebulöser Schlagwörter: Green Growth, Green New Deal, ... green ... bis zum Grünen Punkt. In unserer [Broschüre](#) schreiben wir dazu:

„Sie umschreiben die Vorstellung, dass die Grundlagen unserer Gesellschaft und Ökonomie – die kapitalistische Wirtschaftsordnung – weiter bestehen und ihre negativen Umweltauswirkungen reduziert und/oder schließlich ganz überwunden werden könnten bei gleichzeitiger Beibehaltung des Wachstums, der kapitalistischen Akkumulation. Diese Konzepte sind heute im öffentlichen Umweltdiskurs vorherrschend. Sie werden nur selten hinterfragt, geschweige denn in Frage gestellt, sondern meistens als völlig selbstverständlich vorausgesetzt.“ (Seite 6)

Zur Lösung des „Umweltproblems“ werden in diesem Diskurs zwei zentrale Mittel angeführt:

a) Technische Umstellung

– damit auch vorherrschende Tendenz, die Umweltfrage als „Technologiefrage“ zu diskutieren, nicht als gesellschaftliche (was auch das Verhältnis der menschlichen Gesellschaft zur Natur voraussetzen würde)

b) „Vernünftiger Rahmen“, wo Umwelt, „sozialer Ausgleich“, Entwicklungspolitik im Rahmen eines „Sozialpaktes“ miteinander verbunden werden sollen, ...

Abgesehen wird dabei von der systemischen Logik des Kapitalismus wie auch von seiner historischen Genese. Gerade diese müssten jedoch in den Blick genommen werden.

Kapitalismus und Umwelt I

1. Kapitalismus ist historisch auf die Energieproduktion durch fossile Träger angewiesen. Warum? Fabrikssystem erfordert eine stabile, stetig laufende Antriebsmaschine für die industrielle Produktion. Daher auch die Bedeutung der Dampfmaschine, später Verbrennungsmotor und Elektrizität (und damit verbundene Energieproduktion)

2. Damit in diesen Komplex ein großer Teil des Kapitalstocks (des konstanten Kapitals) eingebunden: Öl, Energie, Auto, Verkehr, damit große Teile der chemischen Industrie, Bergbau, Transport, Metall- und Elektroindustrie ... (inkl. der Produktion der Produktionsmittel für den Sektor)

D. h. ein großer Teil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals

hängt – zumal in den imperialistischen Staaten – daran.

3. Warenproduktion immer Produktion von Gütern, deren gesellschaftliche Nützlichkeit sich erst im Nachhinein offenbart. Daher immer schon krisenanfällig.

4. Produktion erfolgt für Profit, nicht für Deckung von Bedürfnissen. Dass ein Bedürfnis befriedigt wird mit einem Produkt, ist im Kapitalismus nur Mittel zum eigentlichen Zweck. Drückt sich auch im Verhältnis von Gebrauchswert zu Wert/Tauschwert aus. Das kann im Kapitalismus nicht gelöst werden (allenfalls gemildert durch Druck der Gesellschaft, partielle Reformen).

5. Immanente Krisentendenz, Überakkumulation macht Veränderung noch schwieriger, weil „Umbau“ auch Vernichtung von Kapital erfordert – oder Alimentierung der KapitalistInnen durch die Gesellschaft (Kohlekompromiss). Kapital fließt zur günstigsten Anlagesphäre, nicht zur „sinnvollsten“ (ökologisch, sozial).

6. Im Kapitalismus unmöglich, Akkumulation „ökologisch“ zu beschränken. Warum? Weil das Motiv der Produktion in der Aneignung von Mehrwert besteht, daher Akkumulation um der Akkumulation willen. Diese ist – ihrem Ziel nach – schrankenlos, d. h. sie wird nur durch jeweils historisch bestimmte

Schranken des Kapitals beschränkt (die nach einer Krise verschoben werden können). Aber auch dann wird die Anarchie der Produktionsweise nur auf höherer Stufe reproduziert.

7. Imperialismus, Konkurrenz, Kampf um Neuaufteilung der Welt machen Umweltfrage noch prekärer. Die ökologischen Kosten sollen

KonkurrentInnen, ArbeiterInnenklasse und „Dritter Welt“ aufgehalst werden.

Darin liegt auch Logik von Trumps „Umweltpolitik“ (aber nicht nur von ihm, sondern allen Staaten, die um die Vorherrschaft ringen).

8. Im imperialistischen System bildet außerdem der Nationalstaat ein Hindernis für jede sinnvolle Lösung, da dieser die Interessen

des nationalen Kapitals im Blick hat – nicht eine sinnvolle Verteilung

ökologischer oder sonstiger Folgekosten des Kapitalismus.

Wie die Broschüre an mehreren Stellen zeigt, sind auch „erneuerbare“ Energien nicht frei von prekären Lösungen.

Energieerzeugung aus

Biomasse führt z. B. zur Vernichtung von AgrarproduzentInnen, Einseitigkeit, Ersetzung von Land für Ernährung, steigenden Lebensmittelpreisen

– zugleich Monopolisierung ...

Auch die „Energiewende“ ist ein Flickwerk, das ähnliche Problem inkludiert – auf Kosten der Masse der Lohnabhängigen, z. B. Kosten

für Energie, CO₂-Steuer = Massensteuer

9. Externalisierung der Umweltkosten – im Kapitalismus immanent.

„Umwelt“ erscheint als Gratisproduktivkraft, weil sie keinen „(Tausch)Wert“ hat, wohl aber Reichtum und Gebrauchswert hervorbringt.

Gilt im Grunde für drei Gruppen von Phänomenen: die Erde (Rohstoffe, Wasser, Luft, „Natur“), private Reproduktion (Familie), allgemeine gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeit (Infrastruktur, Wissenschaft, Bildung, ...)

Ähnliches gilt im Kapitalismus auch für andere Phänomene (Wissenschaft, Kooperation, private Hausarbeit).

Längerfristige Folgekosten sind daher nicht eingepreist – aber Preissystem (Zertifikat Handel) verschiebt das Problem nur, löst es nicht wegen Anarchie des Marktes, abgeleiteten Operationen (Handel u. Spekulation mit Zertifikaten. Grundsätzlich auf Gesellschaft abgewälzt: auf ArbeiterInnenklasse, v. a. aber auch Länder und Bevölkerung der sog. „Dritten Welt“, also der Halbkolonien.

Umweltparadoxon

Es erscheint dies an der Oberfläche oft verkehrt.

In etlichen imperialistischen Ländern hat sich die Lage z. B. im Bereich des Grundwassers, der Bodenverseuchung, industrieller Abwässer in den letzten Jahrzehnten tatsächlich verbessert.

Sicher selbst nicht Resultat von Einsicht, sondern auch von Bewegungen – Umweltbewegung, ArbeiterInnenbewegung.

„Externalisierung“ – Auslagerung der Umweltzerstörung: ein Phänomen in Halbkolonien.

– Verlagerung bestimmter Produktion und des Ressourcenabbaus (ökologisch schädlicher, energieintensiver, ...).

Damit erscheint auch die Umweltbilanz der imperialistischen Länder „grüner“.

Stofflich betrifft das Rohstoffförderung (Öl, Kohle, Uran, ...), Verlagerung arbeitsintensiver, umweltschädlicher Produktion (Textil, Stahl, Zement, ...), Agrarsektor (Großflächen, ...)

Daher Problem, die „Ökobilanz“ einer kapitalistischen Wirtschaft nur national zu messen.

Externalisierung hat allerdings Grenzen (Kapitalstock noch immer in imp. Ländern konzentriert, eine „echte“ Deindustrialisierung findet nicht statt, vielmehr aus den imperialistischen Ländern gesteuerte internationale Arbeitsteilung – inkl. imperialistischer Monopole und von diesen kontrollierten Produktions- und Verteilungsketten).

Tw. auch rückläufige Tendenzen oder umgekehrte (Fracking; Subvention der extrem produktiven Agrarproduktion in den imperialistischen Ländern).

Grenze auch an den Bedürfnissen der imperialistischen Konkurrenz und Blockbildung (Aufbau konkurrierender Einflussphären).

Daran scheitern natürlich auch multi-laterale Abkommen (Klimaabkommen von Paris).

Umweltimperialismus

Schon oben gezeigt, dass der Marxismus immer auch die ökologische Frage mitdachte – aber Sozialdemokratie und Stalinismus reproduzierten ein Verhältnis zur Natur, das ökologischen Riss nicht mitdachte, Umweltfragen im Grunde als rein technische betrachtete.

Die Externalisierung von negativen Folgen des Kapitalismus entsteht „naturwüchsig“ im System des Weltmarktes (im Unterschied zur Vorstellung der bürgerlichen Ökonomie).

Kapitalismus eben nicht einfach ein Handels- oder Tauschsystem, sondern eine Produktionsweise, im Kern Produktion und Aneignung von Mehrwert.

Expansion des Weltmarktes und Imperialismus (ab Ende 19. Jh.) verstärken die Ungleichheit, globale, hierarchische Arbeitsteilung und verstetigen sie. „Ausbruch“, Nachholen ... findet seine Grenzen an dieser bestehenden globalen Arbeitsteilung. Kern ist Konzentration und Zentralisation des Kapitals in den imperialistischen Ländern (Monopole, Finanzkapital), die Akkumulation und „Entwicklung in den Halbkolonien – die sehr ungleichzeitige Züge annehmen kann – bestimmen. Nicht nur und v. a. über Handel und Tausch, sondern über Kapitalexport, Finanzmärkte (Schulden, Spekulation, ...) und Währungssystem. Institutionell, staatlich und letztlich militärisch gesichert.

Wie generell im Kapitalismus ist dabei zwischen Wertseite und stofflicher Seite des Verhältnisses zu unterscheiden.

– Halbkolonien auf bestimmte Sektoren, Rohstoffe ...

fixiert.

– Imperialistische Kapitale bestimmen letztlich auch die ökonomische Struktur der Halbkolonie.

Diese Fragen werden vom Mainstream der Umweltbewegung (Grüne) ignoriert.

Linkere Strömungen werden dabei oft von Theorien des ungleichen Tausch und der „imperialen Lebensweise“ inspiriert.

Positiv ist dabei, dass das Augenmerk auf die Aneignung von „Umweltraum“ in den Halbkolonien gelegt wird.

Aber problematische Theorien: „Ungleicher ökologischer Tausch“.

Kann als Beschreibung verwendet werden, ökonomisch jedoch äußerst problematisch.

Ein Problem besteht im Versuch, ein gemeinsames Wertmaß für Gebrauchswert und Wert zu finden, also gesellschaftliche Arbeit mit energetischen Größen zu kombinieren.

Problem liegt auch darin, dass das Problem kolonialer oder halb-kolonialer Ausbeutung v. a. auf der Verteilungs-, nicht auf der Produktionsebene gesucht wird.

Das findet sich auch in den Theorien von der „imperialen Lebensweise“ wieder.

Unterschied zwischen Halbkolonie und Imperialismus (arm und reich) wäre größer als zwischen den Klassen – Eigentums-/Produktionsverhältnisse erscheinen hier nur als sekundär.

Hat Tendenz zur klassenübergreifenden Politik, Lösung über Kleinproduktion, Änderung der Konsumweise, ...

(Kein Zufall, dass diese Ideologie Lage des Kleinbürgertums in den Halbkolonien oder der „bewussteren“ MittelschichtskonsumentInnen in den imperialistischen Ländern entspricht.

Wir halten demgegenüber in der [Broschüre](#) Folgendes fest:

„Um die ökologische Dynamik des Kapitalismus zu verstehen, muss an diesem Verständnis angeknüpft werden und müssen die Material- und Energieflüsse zwischen den imperialistischen und halbkolonialen Nationen als Teil des imperialistischen Gesamtsystems begriffen werden.

Dies hat notwendigerweise auch Folgewirkungen auf die Klassenstruktur in den imperialistischen Zentren – nicht nur hinsichtlich der Bereicherung der herrschenden Klasse, der oberen Schichten des KleinbürgerInnentums und der Mittelschichten, sondern auch für die ArbeiterInnenklasse. Ein bedeutender Teil der Lohnabhängigen kann über einen Anteil an der Ausbeutung der ‚Dritten Welt‘ integriert werden, kann über

längere Perioden Einkommen erkämpfen, die über den Reproduktionskosten liegen, die eine dem KleinbürgerInnentum ähnliche Lebensweise erlauben, wenn auch oft mit enorm hoher Ausbeutung verbunden (was sich z. B. in der enormen Arbeitsproduktivität und Intensität der Beschäftigten in der Exportindustrie zeigt).

Der Kapitalismus kann sich das nur unter drei Bedingungen leisten: (i) eine ständige Expansion der Kapitalakkumulation, (ii) die Extraktion von Extraprofiten aus armen Ländern und (iii) die systematische Externalisierung seiner sozio-ökonomischen Auswirkungen. Die soziale Stabilisierung ‚zu Hause‘ durch die Externalisierung negativer sozialer und ökologischer Folgen des Kapitalismus bildet somit ein zentrales, herrschaftsstabilisierendes Element dieses Systems. In den halbkolonialen Ländern werden dafür Rohstoffe geplündert, Landstriche und Wasserressourcen zerstört, Bevölkerungen entwurzelt und zwangsumgesiedelt, Kleinbäuerinnen und -bauern von ihren Felder vertrieben, Wälder gerodet und geplündert. Das kennzeichnet das System des Umweltimperialismus und erklärt das ‚Umweltparadoxon‘.“

D. h., es ist nicht zu leugnen, dass es in der ArbeiterInnenklasse – siehe Stellung der ArbeiterInnenaristokratie, materielle und ideologische Bindung an imperialistische Monopole über Extraprofite – tatsächlich auch eine materielle Basis für reaktionäre, bornierte Positionen gibt (ähnlich dem Sozialchauvinismus, Sexismus, ...).

Aber das ändert nichts daran, dass besser gestellte Lohnabhängige selbst noch ausgebeutet sind; dass das nicht auf „die Klasse“

(prekäre Elemente, ...) zutrifft und umgekehrt findet sich eine solche kleinere, aber oft hochkonzentrierte Schicht auch in Halbkolonien (Indien, Südkorea, Brasilien).

Kapitalismus und Umwelt II

Noch einmal zum Verhältnis Mensch-Natur unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen.

Kapitalismus ist gesellschaftliche Produktion mit privater Aneignung – das bildet zugleich einen zentralen Widerspruch der Produktionsweise. Dieser drückt sich auch im Verhältnis zur Natur aus. Arbeit, menschliche Arbeit ist immer zweckbestimmte Umformung von Natur, unter Ausnützung von Naturkräften zur Schaffung von Gebrauchswerten, zur Befriedigung von Bedürfnissen.

Das wird auch in einer klassenlosen Gesellschaft so sein.

So wie sich aber in der kapitalistischen Gesellschaft die gesellschaftlichen Verhältnisse „verkehrt“ darstellen, sich ihre Gesetze hinter dem Rücken der ProduzentInnen durchsetzen, so auch im Verhältnis zur Natur.

Daher die Eigentumsfrage zentral – nicht einfach im Sinne „wem gehört es“, sondern im Sinn des Brechens des

Kapitalmonopols als
Voraussetzung einer bewussten, planmäßigen Vergesellschaftung.

Ein nachhaltiges Verhältnis von Mensch-Natur, ein
Verhältnis, das die natürlichen Lebensgrundlagen der
Menschheit nachhaltig und
dynamisch reproduziert – kann nur auf Basis einer Gesellschaft
entstehen, die
auch die Produktion, das Verhältnis zwischen verschiedenen
Sektoren (z. B.
Landwirtschaft und Industrie), zwischen Produktion und
Reproduktion ... bewusst
und gemäß den Zwecken der Gesellschaft reguliert, plant.

Die materiellen Voraussetzungen existieren dazu
grundsätzlich, gesellschaftliche statt individueller
Subsistenzproduktion und
eine Klasse, das Proletariat, das sich selbst nur durch die
Enteignung der
EnteignerInnen, durch die Expropriation der
PrivateigentümerInnen an
Produktionsmitteln befreien kann. Der Kapitalismus selbst
verweist als globale
Produktionsweise darauf, dass die Lösung des Problems in einer
globalen,
revolutionären Umwälzung liegt. Für die Umweltbewegung heißt
das, dass sie
internationalistisch, klassenpolitisch ausgerichtet und
antikapitalistisch
werden muss.

„Deshalb“ – so enden wir in unserer [Broschüre](#) – „ist die
Lösung der ökologischen Frage aufs Engste mit der Überwindung
des Kapitalismus verbunden. Die Schaffung einer Perspektive

für eine sozialistische Gesellschaftsordnung, die in der Lage ist, diese grundlegenden Widersprüche zwischen der menschlichen Ökonomie und den natürlichen Bedingungen zu überwinden, bei gleichzeitiger Befriedigung der materiellen und immateriellen Bedürfnisse aller Menschen, ist die zentrale Herausforderung für RevolutionärInnen im 21. Jahrhundert.“

Kühnert: Mit dem Juso-Chef BMW enteignen?

Tobi Hansen, Neue Internationale 238, Juni 2019

Noch vor wenigen Wochen hatte der Vorstoß des Juso-Chefs Kühnert für eine gewisse Irritation in der bürgerlichen Landschaft gesorgt.

Nach dem jüngsten Wahldebakel scheint man wieder beruhigt, dass der „Linke“ mit der SPD untergeht, der Vorstoß also nicht so ernst zu nehmen sei.

Während der Abstimmung über die Große Koalition hatte Kühnert in der SPD zumindest für die Ablehnung mobilisiert, sich allein dadurch schon „links“ hervorgetan. Dass er aber auch über eine mögliche Enteignung von BMW spekulierte, war nicht unbedingt zu erwarten.

Aber der Reihe nach. Schon das Berliner Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ sorgte für relativ viel Aufregung in der bürgerlichen Klasse und deren Parteien. Die Initiative, Miethäuser zu enteignen und MieterInnen vor Abzocke, Verdrängung und Spekulation zu schützen, erfährt schließlich relativ offene Sympathie, sogar in einigen bürgerlichen Medien. Das Thema Enteignung wird wieder öffentlich diskutiert und die dementsprechenden Paragraphen aus Landesverfassungen und dem Grundgesetz werden ausgegraben.

Auch die Berliner Jusos unterstützen das Volksbegehren und gehen damit auf Konfrontation mit dem Regierenden Bürgermeister Müller, welcher Enteignungen entschieden ablehnt.

Dass die FDP eine Änderung des Grundgesetzes und der Landesverfassungen fordert, um Enteignungen von KapitalistInnen auszuschließen, und die Unternehmensverbände in heller Aufruhr sind, zeigt, dass die Bourgeoisie an ihrem „wunden“ Punkt getroffen wurde, nämlich beim Privateigentum. So steht es um das Nervenkostüm der besitzenden Klasse, sobald die Quelle ihrer Bereicherung, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, auch nur ein Stück weit in Frage steht.

Alles in allem war es nicht sonderlich ungewöhnlich, dass ein Juso-Vorsitzender mal „links“ ausholt und sich im

Interview für die Interessen von MieterInnen und nicht von Wohnkonzernen ausspricht. Bei BMW wurde es deutlicher und gewissermaßen „gefährlicher“. Kühnert wollte, dass die ArbeiterInnen bei BMW entscheiden sollen, was produziert wird, dass BMW auch enteignet werden und in die Hände der ArbeiterInnen übergehen kann.

Betriebsrat gegen jede Enteignung

Interessant war, wer aus dem „eigenen Lager“ als erstes gegen Kühnert ausholte. Dass die bürgerlichen Medien und Politik schon die SED in der SPD wiederauferstanden sahen, war klar. Dass der Seeheimer-Kreis-Sprecher Kahrs dem Juso-Vorsitzenden den Konsum illegaler Drogen unterstellte („Was hat der denn geraucht, war bestimmt nicht legal“), war bei diesem rechten Flügel der SPD-Bundestagsfraktion zu ahnen.

Spannender war der Auftritt des BMW-Betriebsratsvorsitzenden Schoch. Dieser stellte fest, dass die SPD nun keine Option mehr für die BMW-Beschäftigten wäre. So tolle Arbeitsplätze wie beim bayrischen Autokonzern gäbe es fast nirgends. Die SPD sollte erst mal die Wirtschaft verstehen, bevor sie darüber rede. Da haben wir viel gelernt vom und über den IGM-Betriebsrat. Wenn die Wirtschaft gut funktioniert und die BesitzerInnen gut verdienen, geht es

anscheinend auch den Beschäftigten gut. Schochs Äußerung stellt freilich keinen Ausrutscher dar. Er denkt gewissermaßen nur die Sozialpartnerschaft zu Ende, frei nach dem Motto, wenn es dem/r HerrIn (dem/r EigentümerIn) gut geht, bleibt auch für den Knecht/die Magd (die Lohnabhängigen) mehr übrig.

Nun wussten auch alle Medien, als Juso-Vorsitzender muss man mal „richtig“ links sein können. Sicherlich hatte er mit der Kampagne „NoGroko“ für den Seeheimer Kreis, Gabriel und Co. schon genügend, wenn auch konsequenzlose Opposition gezeigt. Dass er nun noch politische Forderungen aufstellte, war dann für einige doch zu viel. Die Medien erinnerten uns daran, dass alle Juso-Vorsitzenden der letzten 30–40 Jahre schon mal „marxistisch“ daherkamen. Als wenn die ArbeiterInnen tatsächlich von Kühnert erwarten würden, dass dieser Firmen enteignet! Aber im Zug der Debatte um das Berliner Volksbegehren war die Enteignung für bundesdeutsche Verhältnisse erstaunlich oft in aller Munde und hätte die Möglichkeit geliefert, diese Debatte als Vorlage zu benutzen.

Umso bescheidener war die Reaktion der Linkspartei. Deren Vorsitzende Kipping verteidigte den Juso-Vorsitzenden zwar im Protesthagel seiner eigenen Partei. Ihrer Ansicht nach wäre das ein Zeichen für einen gesellschaftlichen Gesinnungswandel. Doch der Vorschlag Kühnerts, dass jede/r

nur eine eigene Wohnung haben sollte, ging Kipping dann doch zu weit. Sie hofft weiterhin auf anständige VermieterInnen. Diese Hoffnung wurde in Westdeutschland lange Zeit „soziale Marktwirtschaft“ genannt und – hoppla! – schon ist Kipping bei Wagenknecht gelandet. Wichtiger als die schützenden Worte für Kühnert war freilich, dass sogar DGB-Chef Hoffmann dessen Gedanken lobte und seinen Kollegen Schoch auf die Satzung der IGM hinwies. Dort wird wie auch bei Sonntagsreden anderer GewerkschaftsfunktionärInnen eine Vergesellschaftung von Großbetrieben zumindest in Betracht gezogen.

Perspektive Enteignung

Dabei müssten sich gerade die Gewerkschaften angesichts einer möglichen Wirtschaftskrise Gedanken machen, wie mit Betrieben und Konzernen umzugehen ist, die geschlossen werden und Massen in die Arbeitslosigkeit schicken. Ohne Kampf für die entschädigungslose Enteignung und Verstaatlichung unter ArbeiterInnenkontrolle wird es nicht möglich sein, die Angriffe zu stoppen. Dazu reichen freilich keine Lippenbekenntnisse wie von Kühnert – dazu braucht es Klassenkampf, Betriebsbesetzungen und Massenstreiks. Dazu hat der Juso-Chef bezeichnenderweise nichts gesagt.

Deutsche Wohnen, Vonovia & Co.: Enteignung – ja klar! Entschädigung – nein danke!

Martin Suchanek, Neue Internationale 236, April 2019

Die Berliner Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ hat schon jetzt wie eine Bombe eingeschlagen. Noch bevor die erste Unterschrift gesammelt ist, bringen sich alle Kräfte des politischen und wirtschaftlichen Establishments in Stellung.

Die Forderung nach Enteignung oder Vergesellschaftung aller gewinnorientierten Konzerne, die in der Stadt über mehr als 3.000 Wohnungen verfügen, ruft die VerteidigerInnen des Privateigentums auf den Plan. Dass es Wohnungsnot und eine massive Steigerung der Mietpreise in Berlin und anderen städtischen Ballungsgebieten gibt, bestreiten zwar auch die KritikerInnen der Initiative nicht. Doch drohende Eingriffe in das Privateigentum oder gar die Enteignung ganzer Unternehmen – beides rein juristisch betrachtet sogar nach Grundgesetz und Berliner Landesverfassung zulässig – werden von CDU, FDP und AfD mit allen möglichen „Argumenten“ madig gemacht.

Markt statt Enteignung?

So wittert der FDP-Politiker Sebastian Czaja in der „Verzögerung und Verhinderung innerstädtischer Verdichtung“ eine Hauptursache der Berliner Probleme. Es müsse eben mehr und höher hinaus gebaut werden, so der weise Ratschlag. Dann würden, wenn dereinst das Angebot die Nachfrage übersteigt, die Mieten wieder sinken. Schön für alle, die es solange schaffen, bei rasant steigenden Wohnungskosten nicht in die Außenbezirke umsiedeln zu müssen.

Die Wohnungsnot müsse, wie von einem treuen Anhänger des freien Marktes nicht anders zu erwarten, mit noch mehr Markt überwunden werden.

So gelte es, „den Weg zu Wohneigentum durch Senkung der Grunderwerbssteuer fördern.“ Die GroßinvestorInnen sagen herzlich Danke.

Ähnlich Burkard Dregger von der CDU: „Gegen Wohnungsnot helfen nur gemeinsame Anstrengungen, auch der Baugenossenschaften und privaten Wohnungsbaugesellschaften.“ Für den Mann ist nicht nur die Enteignung Teufelszeug, sondern selbst der Rückkauf privatisierter Wohnungen oder Wohnungsbaugesellschaften, wie von der Berliner SPD favorisiert. Schließlich soll lt. FDP und CDU wie auch der gesamten Immobilienbranche am Ende eben mehr

und nicht weniger privatisiert werden. Die hohe Miete sichert schließlich die Rendite.

Im kapitalistischen Chor darf schließlich auch die AfD nicht fehlen. Deren Abgeordneter Harald Laatsch weiß schließlich: „Für Mieter ist es weitgehend unerheblich, wer Eigentümer ihrer Wohnung ist.“ Dafür würden „Wohlstand und Altersversorgung durch Eigentumsbildung verbessert werden.“ Stimmt – wenn auch nur für die AktionärInnen der Wohnungskonzerne, denen er beherzt beispringt:

„Nun erleben wir die Wiederkehr des sozialistischen Gedankens. Linke Parteien und Aktivisten wollen ein neues Experiment auf Kosten der Allgemeinheit.“

Privatisierung ruiniert MieterInnen

Dabei wollen offen bürgerlichen Parteien vor allem eins: die Fortsetzung eines „Experiments“, dessen Kosten für die Allgemeinheit längst bekannt sind.

Die Privatisierung im Wohnungssektor hat hunderttausende MieterInnen spekulativen Wohnungsbaukapitalien ausgesetzt, die auf eine schnelle Rendite setzen. Die Deutsche Wohnen (DW) hat es in

Berlin zur
Marktführerin auf diesem Gebiet gebracht. Mehr als 100.000
Wohnungen befinden
sich in ihrer Hand. Steigende Mieteinnahmen – bei der DW im
Jahr 2018
bundesweit 3,4 %, in Berlin sogar 3,6 % – tragen maßgeblich
zur
Gewinnsteigerung bei. 2018 konnte der Konzern den operativen
Gewinn auf 480
Millionen Euro steigern, was einer Zunahme von 11 Prozent
gegenüber 2017
entspricht. Und das soll längst nicht das Ende der
Fahnenstange sein.

Die Rendite für wenige entspricht den Mietpreiserhöhungen
für viele. In Berlin wurden zwischen 1995 und 2006 über
200.000 kommunale
Wohnungen privatisiert (davon rund die Hälfte unter dem rot-
roten Senat). Die
Angebotsmiete stieg zwischen 2008 und 2015 um durchschnittlich
60 %, in
Ortslagen wie Neukölln und Kreuzberg um 100 %!

Geht es nach der bürgerlichen Opposition im Berliner
Abgeordnetenhaus, soll noch Öl ins Feuer gegossen und die
private
Wohnungsspekulation weiter angeheizt werden.

Und der Senat?

Der einzig richtige Vorwurf dieser HalsabschneiderInnen an
den Senat und die Regierungsparteien besteht darin, dass diese

selbst keine

Antwort auf die Wohnungsnot haben. Kein Wunder, denn der Senat laviert zwischen

den berechtigten Forderungen der MieterInnen einerseits und dem Druck des

Kapitals andererseits. Ersteren wird eine Nachbesserung der Mietpreisbremse,

ein Rückkauf der privatisierten Wohnungen und ein Wohnungsbauprogramm, vor

allem der Neubau von Sozialwohnungen, versprochen. Doch all das gleicht einem

Flickwerk, das hinter den eigentlichen Anforderungen ständig zurückbleibt.

Schließlich will es sich der Senat, vor allem SPD und Grüne, mit der Bauwirtschaft, den Wohnungskonzernen und dem Finanzkapital nicht

verscherzen. Wie leicht, schnell und willfährig die Berliner Koalition vor

diesem Druck einknickt, verdeutlichte gleich am Beginn ihrer Amtsperiode die

Verleumdungskampagne gegen den linken Staatssekretär Andrej Holm, der innerhalb

weniger Wochen von „seiner“ Regierung bereitwillig geopfert wurde.

Zum richtigen Zeitpunkt

Vor diesem Hintergrund wird der Erfolg von „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ verständlich. Die Initiative kam zum richtigen Zeitpunkt.

Hunderttausende MieterInnen wissen, dass es leider doch einen Unterschied

macht, ob man bei einem profitorientierten Wohnungskapital oder bei einer kommunalen Wohnungsgesellschaft wohnt – z. B. wenn sie den/die längst eingesparte/n HausmeisterIn suchen oder bei einer dringend notwendigen Reparatur tagelang vom Callcenter getröstet werden.

Mittlerweile haben sich zahlreiche MieterInnenkomitees in Häusern privater Konzerne gebildet oder Vollversammlungen ihre Unterstützung für „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ erklärt. Die Initiative hat schon jetzt, vor Beginn der eigentlichen Unterschriftensammlungen für einen Volksentscheid eine reale Massenbasis aufgebaut – und ein weiterer Zustrom ist abzusehen.

Dies ist auch der Grund, warum die SPD nun in der Wohnungsfrage etwas linker blinkt und auf Rückkauf privatisierter Wohnungsgesellschaften als Alternative zur Enteignung setzt. Die Grünen stehen dem Volksbegehren, das schließlich in einen Volksentscheid münden soll, positiver entgegen. Die Linkspartei hat auf ihrem letzten Landesparteitag die Unterstützung von „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ beschlossen und präsentiert die Initiative fast schon als ihre eigene Idee – nicht zuletzt auch, um von ihrer eigenen unrühmlichen Vergangenheit bei der Privatisierung zehntausender Wohnungen abzulenken.

Unabhängig davon sollte die Initiative von allen Linken, Anti-KapitalistInnen und RevolutionärInnen unterstützt werden – nicht nur durch das Sammeln von Unterschriften, sondern auch durch das Aufbauen von MieterInnenkomitees und demokratischen Basisstrukturen der Kampagne.

Pferdefüße

Das darf jedoch nicht über mehrere politische Schwächen und Pferdefüße der Initiative hinwegtäuschen, die offen diskutiert und gelöst werden müssen. Wir schlagen dazu eine Berliner Aktionskonferenz vor, die nicht nur unten angesprochene Fragen besprechen, sondern dazu auch verbindliche Beschlüsse fassen soll.

Die Frage der Beschränkung der Enteignungsforderung auf Konzerne mit mehr als 3.000 Wohnungen

Wie auch alle Beteiligten an der Initiative zugeben, ist diese Höhe letztlich willkürlich. Im Grunde sollte es darum gehen, alle Konzerne, die private Wohnungen zu Bereicherungszwecken, also als Wohnungskapital nutzen, zu enteignen. Deren ganzes Geschäftsmodell beruht darauf, rasch Rendite zu machen und die Interessen ihrer AktionärInnen zu befriedigen. Ein solches Modell ist nur machbar durch eine stetige Steigerung der

Mieten, mit jeder auch nur beschränkt „sozialen“ Wohnungspolitik ist es letztlich unvereinbar

Die Höhe der Entschädigung

Die Instrumente Volksbegehren und Volksentscheid sind selbst in einen recht engen gesetzlichen Rahmen gezwängt – erst recht, wenn es dabei um finanzielle Fragen geht, die den Haushalt oder das in der bürgerlichen Gesellschaft höchste aller Rechte, das Eigentumsrecht betreffen. Daher sind Enteignungen großer Unternehmen selbst gegen Entschädigung so selten. (Anders ist das natürlich, wenn es sich um die Entschädigung von Kleineigentum im Interesse des „Gemeinwohls“ handelt, als z. B. die Unternehmen der ehemaligen DDR via Treuhand v. a. an das deutsche Großkapital übergeben wurden).

Die Initiative sieht sich nun mit dem Problem konfrontiert, dass eine entschädigungslose Enteignung wenigstens rechtlich umstritten ist und leicht den Vorwand liefern kann, das Volksbegehren zu stoppen.

Daher findet dort eine Diskussion über die Höhe einer möglichen Entschädigung statt. Der Senat und die Immobilienwirtschaft haben ihrerseits erkannt, dass in diese Frage eine Chance besteht,

die

Enteignungsforderung in den Augen der Bevölkerung zu diskreditieren.

Eine „amtliche Kostenschätzung“ des Berliner Senates geht davon aus, dass die Enteignung von DW & Co. zwischen 28,8 und 36 Milliarden

Euro kosten würde. Dem liegt der aktuelle Marktwert zugrunde.

SprecherInnen des Bündnisses halten dagegen, dass dies ein weit überhöhter Preis wäre, weil die Spekulation selbst den Marktwert

gesteigert habe. Damit ließe DW sich ihre überhöhten Mieten im Falle einer

Enteignung gewissermaßen noch einmal auszahlen. Aber auch andere „gerechtere“

Modelle gehen noch von 7,3 bis 13,7 Milliarden Euro aus.

Die Zahlen von 28–36 Milliarden wurden zweifellos bewusst und als Steilvorlage für die Berliner Immobilienlobby lanciert, die diese auch freudig aufgreift.

So erklärt der Verband der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen (BBU): „Die Kosten würden einen gesamten Jahreshaushalt

übersteigen und wären mehr als das Sechsfache der bisherigen BER-Baukosten.“

Ein solches Desaster müsse verhindert werden, indem EigentümerInnen

EigentümerInnen bleiben.

In jedem Fall wird aber deutlich: Die Milliardensummen müssten aus dem Berliner Haushalt, der jährlich rund 29 Milliarden beträgt, also aus Steuern und das heißt vor allem aus denen von Lohnabhängigen bezahlt werden. So soll ein politischer Spaltkeil zwischen Initiative und ArbeiterInnen getrieben werden.

Zum anderen werden die Entschädigungshöhen in jedem Fall dazu führen, dass es zu einer Klagewelle kommt. Die „Schuldenbremse“ wird bemüht werden, um einen etwaig erfolgreichen Volksentscheid für illegal zu erklären.

Schließlich wird der Druck dazu genutzt werden, im Abgeordnetenhaus ein Enteignungsgesetz zu verwässern und auf die lange Bank zu schieben, denn der Volksentscheid bedeutet selbst bei einer überwältigenden Mehrheit noch lange nicht, dass er auch umgesetzt werden muss, da er das Abgeordnetenhaus nur zur Formulierung eines Gesetzes verpflichtet, nicht jedoch dessen konkreten Inhalt festschreibt.

Enteignung – ja, Entschädigung nein!

Unserer Meinung nach kann dieses Problem nur gelöst werden, indem wir eine Entschädigung kategorisch ablehnen. Allenfalls kann, um

rechtlichen Vorgaben zur Durchführung der Volksbegehrens und
später des
Volksentscheids Genüge zu tun, eine rein symbolische
Entschädigung von einem
Euro versprochen werden.

Der Grundsatz sollte jedoch klar sein: Die Kapitale, die
sich ohnedies schon an den MieterInnen bereichert haben,
sollen nicht
aufgekauft, sondern ihre Wohnungen entschädigungslos enteignet
und unter
Kontrolle von MieterInnenkomitees kommunal verwaltet werden.

Damit würden wir erstens eine politische Flanke schließen.
Es wäre unmöglich, die MieterInnen gegen lohnabhängige
SteuerzahlerInnen
auszuspielen. Es wäre – gewissermaßen als Nebeneffekt – auch
unmöglich, die
Enteignung mit dem Hinweis auf deren hohe Kosten für den
Haushalt in Frage zu
stellen.

Politisch würde also die Initiative klarer argumentieren
können.

Plan B notwendig

Zum anderen kann natürlich niemand bestreiten, dass die
Weigerung, eine „angemessene“ Entschädigung an die
Immobilienhaie zu zahlen, zu
einer rechtlichen Auseinandersetzung um die Legalität eines

Volksentscheides
führen kann.

Aber zu einer solchen Auseinandersetzung wird es
wahrscheinlich ohnedies kommen. Es wäre doch recht
verwunderlich, wenn DW,
Vonovia & Co. eine Enteignung in Berlin zuließen, ohne die
Gerichte
anzurufen und notfalls jahrelang dagegen zu prozessieren.

Hinzu kommt, dass es nur einen Zusammenbruch bzw. eine
Abwahl des gegenwärtigen Senats und andere parlamentarische
Mehrheiten braucht
– und schon wäre jede legale Umsetzung wahrscheinlich auf
parlamentarischer
Ebene gekippt oder zumindest in Frage gestellt.

In jedem Fall müssen wir damit rechnen, dass eine
„einfache“, legale Enteignung der großen Unternehmen nicht
einfach aufgrund des
Drucks hunderttausender Unterschriften stattfinden wird. So
„legal“ und
„verfassungskonform“ kann die Initiative nicht sein, weil die
Frage letztlich keine
rechtliche, sondern eine des Kräfteverhältnisses zwischen den
Klassen ist – und
daher auch nur mittels Mobilisierung von Klassenkräften gelöst
werden kann.

Daher tut die Initiative gut daran, sich strategisch und
taktisch folgendermaßen zu orientieren: Das Volksbegehren für
den späteren
Volksentscheid, also das Sammeln der Unterschriften zum

Erreichen dieser zweiten Stufe sollte vor allem als politisches Mobilisierungsinstrument und Mittel zur Sammlung und Organisation von UnterstützerInnen begriffen werden.

Entscheidend ist jedoch, dass damit eine Bewegung aufgebaut wird, die (a) die Komitees zum Sammeln von Unterschriften, MieterInnenkomitees, Vollversammlungen usw. als Kampfinstrumente für weitergehende Aktionen versteht (z. B. Massenproteste der MieterInnen, Besetzungen von Büros der DW ..., organisierten Mietenboykott) und (b) sich über Unterzeichnungskampagnen in den Betrieben, Gewerkschaften, Büros, Unis, Schulen zu verbreitern sucht. Letztlich geht es darum, die Mietenfrage auch in gewerkschaftliche und betriebliche Auseinandersetzungen zu tragen – z. B. indem Mietsteigerungen durch angemessene zusätzliche Lohnerhöhungen kompensiert werden und letztlich, indem die Forderung nach entschädigungsloser Enteignung auch mittels politischer Streiks stark gemacht und ihre Einlösung erzwungen wird.

Auf diese Art könnte die Initiative ihr volles Potential im Kampf für ein radikales, Wohnungsprogramm entwickeln, das den Kampf gegen Mietwucher und Wohnungsnot mit dem gegen das kapitalistische System verbindet.

WS Real Estate KG und Co. enteignen! Bezahlbarer Wohnraum für alle!

Flugblatt von ArbeiterInnenmacht/Stuttgart, Infomail 1049, 2.
April 2019

Die

aktuelle Misere auf dem deutschen Wohnungsmarkt mit rasant
steigenden Mieten

ist das Resultat des stetigen Abbaus sozialer Förderprogramme
bei

gleichzeitiger Privatisierung. Bundesweit wurde 1990 die
Wohnungsgemeinnützigkeit ersatzlos abgeschafft, die
Wohnungsbauförderung 2001

faktisch beendet und 2006 die Zuständigkeit dafür an die
Bundesländer
delegiert.

Allein

zwischen 1995 und 2010 wurden mehr als 1 Million öffentlicher
Wohnungen privatisiert.

Auch heute noch fallen jedes Jahr durchschnittlich 130.000
günstige

Mietwohnungen weg.

Die

ImmobilienpekulantInnen wie „WS Real Estate KG“, welche die

EigentümerInnen

des vor kurzem geräumten Hauses in der Forststraße 140 sind, oder auch die Vonovia SE aus Bochum, einer der bundesweit größten Immobilienkonzerne, machen Rekordgewinne – auf unsere Kosten.

Die

Zahl der Wohnungslosen hat sich innerhalb der letzten 10 Jahre von 200.000 auf 1,2 Millionen versechsfacht. Der Grund hierfür sind die in den letzten Jahren extrem gestiegenen Mieten. So haben sie sich z. B. in München die Mieten um 50 % erhöht. Im Schnitt kostet der Quadratmeter 17 Euro! Für Stuttgart kann man von ähnlichen Zahlen ausgehen, so kostet hier der Quadratmeter im Schnitt etwa 12,69 Euro (Stand: Ende März 2019).

Das

bedeutet eine Verdrängung von Gering- und NormalverdienerInnen in die Vorstädte, ein allmähliches Absterben der städtischen Vielfalt und Kultur. Die Filetgrundstücke luxussaniierter Wohnungen teilen InvestorInnen, Hedgefonds und Immobilienverwaltungen untereinander auf, um sie einer kleinen, finanzkräftigeren Klientel als den bisherigen BewohnerInnen anzubieten.

Bürgerliche

Wohnungs- und Bodenreformpolitik richtet sich lediglich gegen

„spekulative Auswüchse“, also nicht gegen das private Grundeigentum. Unions-Parteien, FDP und AfD springen den ProfiteurInnen der Wohnungsmisere bei und fordern noch mehr Privatisierung und einen noch „freieren“ Markt. Die SPD „bremst“ mit leeren Worten und halbherzigen Maßnahmen, die wie die sog. Mietpreisbremse noch zusätzlich verwässert werden.

Symptome oder Ursachen bekämpfen?

Der Wohnungssektor ist Teil des kapitalistischen Gesamtsystems. Der Kampf der MieterInnen muss daher als Klassenkampf geführt werden. Hausbesetzungen, welche den Leerstand aufzeigen, können dabei ein Mittel gegen Wohnungs- und Mietspekulation sein. Allerdings stoßen sie rasch an ihre Grenzen, wenn diese Kämpfe isoliert von der Klasse stattfinden.

Daher ist es wichtig, die Gewerkschaften und andere Organisationen, die sich auf die ArbeiterInnenklasse beziehen, in diesen Kampf einzubinden. Wir können uns nicht mit der Besetzung und Beschlagnahme vorhandenen Wohnraums sowie einer Mietpreisbremse begnügen, sondern schlagen auch ein Programm öffentlicher Wohnungsbau- und Sanierungsmaßnahmen vor, wo die Beschäftigten zu Tariflöhnen bezahlt und die aus Unternehmerprofiten finanziert werden:

- Der Staat soll selbst sozialen Wohnungsbau betreiben, nicht das private Wohnungskapital subventionieren! Die Immobilienwirtschaft und WohnungsbauspekulantInnen müssen entschädigungslos enteignet werden
- Kommunalisierung des Grund und Bodens! Baubetrieb in kommunale Hand für Neubau und Altbausanierung!
- Bezahlung des Wohnbaus und von Sanierungen im Interesse der MieterInnen durch das beschlagnahmte Vermögen des Wohnungs- und Baukapitals und eine progressive Besteuerung der Profite!
- Kontrolle der Wohnungsbaugesellschaften, Verwaltungen und der Mietpreise durch die MieterInnen, deren VertreterInnen und MieterInnengemeinschaften, begleitet von ArbeiterInnenkontrolle über das Wohnungsbauwesen!

Von Wut zu Widerstand – Erfolgreiche Hausbesetzung im Stuttgarter Westen

Martin Eickhoff, Infomail 1047, 18. März 2019

Fast 4500 Stuttgarter Haushalte stehen auf der Warteliste für eine Sozialwohnung – so viele wie noch nie und dreimal so viele wie 2007. Selbst nach Schätzungen der Stadt befinden sich rund 3000 Wohnungen im Leerstand.

Gegen diese Missstände fand vor knapp einer Woche eine große Demonstration im Stuttgarter Westen statt. Nach dieser zogen einzelne DemoteilnehmerInnen weiter und besetzten ein Mehrfamilienhaus in der Forststraße 140. Das dreistöckiges Backsteinhaus steht seit vielen Jahren, in einzelnen Wohnungen seit über 10 Jahre komplett leer, was Zeitungen mit DM-Preisangabe belegten, die aus den Briefkästen rausguckten. In Angesicht der bevorstehenden Kommunalwahlen und aus Angst vor Ausschreitungen vermeintlicher „LinksextremistInnen“ hielten sich bislang die Bullen und auch die PolitikerInnen im Stuttgarter Gemeinderat mit Kritik zurück.

Unklar bleibt auch, warum die Stadt sich nicht auf das seit 2016 bestehende sogenannte Zweckentfremdungsverbot bezieht? Sie könnte, wenn sie sich trauen würde, Bußgelder verhängen, wenn Eigentümer Wohnungen länger als ein halbes Jahr leer stehen lassen. Doch offensichtlich hat die Stadt mehr Hemmungen, sich mit Immobilienhaien anzulegen als mit verzweifelt Wohnraum suchenden MieterInnen. Sogar eine Enteignung „zum Wohle der

Allgemeinheit“ wäre
zulässig, hier würde ein Blick in das sonst immer
hochgehaltene Grundgesetz
helfen.

Die HausbesetzerInnen machten jedoch auch deutlich, dass die
Besetzung keinen symbolischen Charakter hat, sondern von Dauer
sein soll, denn diese stellt klare Forderungen, wann die
Aktion beendet würde. Darunter zählen unter anderem klare
Aussagen darüber, wann genau mit der Sanierung des Hauses
Forststraße 140 begonnen und wann diese abgeschlossen sein
soll. Ebenso wollen sie verbindlich wissen, was „bezahlbarer
Wohnraum“ heißen und wie hoch die Quadratmetermiete sein soll.
Hierzu soll auf Druck der Stadt ein Gespräch mit dem
unbekannten Besitzer, Oberbürgermeister Kuhn (Grüne) und mit
den AktivistInnen auf Willen der Stadt stattfinden. Da sich
der Besitzer scheinbar sich in buchstäblich „in die Hose
schießt“, sollen diese jedoch nicht öffentlich sein.

Gentrifizierung

Jedoch kaum tauchen auf einmal BesetzerInnen auf, stehen
plötzlich Renovierungen, Sanierungen, Verschönerungen und
sogar
Aufstockungsarbeiten unmittelbar bevor. Auch sehr seltsam
bleibt, dass
plötzlich eine, angeblich seit längerem geplante größere
Umbauarbeiten anstehe.
Hierfür soll sogar schon eine Baugenehmigung erteilt worden
sein, wozu sich das
städtische Bauamt bislang noch nicht geäußert hat. Scheinbar
sollen schon im
April die Handwerker anrücken und es werden sogar für die

Menschen bezahlbare

Mieten versprochen – was immer das heißen mag, denn in der Stuttgarter

Forststraße wurde vor kurzem einer MieterIn eine Mieterhöhung in Höhe von 136 % angekündigt.

An einem Hausfest nahmen auch viele Menschen aus der Nachbarschaft statt. Diese spendeten auch Lebensmittel, Bettdecken, Heizkörper und vieles mehr. Teilweise fanden auch Liederabende schon im besetzten Haus statt. Eine Genosse der Gruppe ArbeiterInnenmacht bot eine kostenlose Sozialberatung für betroffene oder verängstigte Menschen an.

Inzwischen war auch der Stuttgarter Abgeordnete und Bundesvorsitzende der Linken Bernd Riexinger vor Ort, schließlich stehen die Gemeinderats- und Europawahlen stehen vor der Tür. „Diese Besetzung ist meiner Meinung nach legitim und geschieht aus Notwehr der Betroffenen“, erklärte er. Die Stadt Stuttgart sei trotz der immensen Wohnungskrise seit Jahren untätig. Auch wenn er zu Recht der Stadt Untätigkeit vorwar, ist die Frage, was die Partei Die Linke unternommen hat.

Klar ist, dass eine Hausbesetzung, wie jetzt in Stuttgart letztlich „nur“ einen symbolischen Charakter hat und eine breite, in der ArbeiterInnenklasse verankerte Massenbewegung notwendig ist, um Wohnraum für

alle Menschen zu erzwingen und im Interesse der Mehrheit der Menschen und gemäß der Nachhaltigkeit umzubauen.

Daher ist die Forderung nach sofortiger und entschädigungsloser Enteignung aller Wohnungsbauunternehmen unter ArbeiterInnenkontrolle von zentraler Bedeutung. Wer die Systemfrage nicht stellt, wird auch die Frage nach Wohnraum nicht lösen können. Der Widerstand darf sich nicht auf Stuttgart oder Berlin begrenzen, sondern muss bundesweit, ja international geführt werde. Um die Ohnmacht des/der Einzelnen zu überwinden, müssen wir uns massenhaft organisieren. Die Stuttgarter Großdemonstration gegen Mieterhöhungen in Stuttgart Immobilienspekulanten und untätigen PolitikerInnen am 6. April soll ein Schritt dazu werden.